

# PANORAMA

WINTER 2016 / Nr. 59

## EU-Beitrag unterstützt globale Städteagenda der Vereinten Nationen

GRAND EST:  
VORTEILE UND  
HERAUSFORDERUNGEN  
FÜR DIE NEUE  
FRANZÖSISCHE REGION

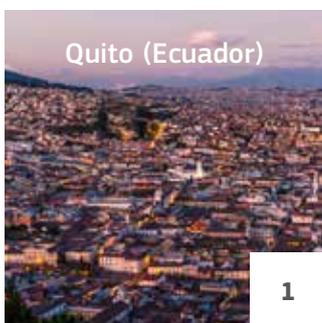


KOMPETENZRAHMEN  
UNTERSTÜTZT DIE  
FONDSVERWALTUNG



# PANORAMA

EDITORIAL.....	03	EINGERAHMT: GEWINNER DES EIMR-FOTOWETTBEWERBS.....	25
EU-STÄDTE ÜBERNEHMEN DIE FÜHRUNG .....	04	STRATEGISCHE ROLLE FÜR GRAND EST IN DER EU.....	28
DATEN: 1 – OFFENES DATENPORTAL.....	08	OSTSEERAUM STREBT NACH VERBESSERUNGEN.....	36
KOMMISSARIN CREȚU FÜHRT EU-DELEGATION IN QUITO AN.....	10	KOMPETENZRAHMEN .....	38
EX-POST-EVALUIERUNG ZUR KOHÄSIONSPOLITIK.....	16	KARTE: REGIONALER INDEX ZUM SOZIALEN FORTSCHRITT.....	40
EWRC 2016 MACHT EINEN GUTEN EINDRUCK.....	18	MASSTAB FÜR SAUBERE SCHIFFFAHRT .....	42
REGIOSTARS-GEWINNER BEDANKEN SICH.....	20	PROJEKTE AUS GRIECHENLAND UND DEN NIEDERLANDEN .....	44
RUMÄNIEN UND DIE NIEDERLANDE: RIS3-ZUSAMMENARBEIT IN DER PRAXIS .....	22	INTERVIEW MIT ENRICO ROSSI.....	46
INTELLIGENTER ANSATZ DER TOSKANA.....	23	NACHRICHTEN IN KÜRZE .....	48
AKADEMISCHES UNTERNEHMERTUM IN POLEN .....	24	TERMINE.....	51



Quito (Ecuador)



18



20



29

## In dieser Ausgabe ...

Willkommen in der Winterausgabe 2016 von *Panorama*. Der Leitartikel in dieser Ausgabe betrachtet die Teilnahme der EU an der kürzlich stattgefundenen Habitat-III-Konferenz in der ecuadorianischen Hauptstadt Quito, bei der ein weltweiter Erfahrungsaustausch im Bereich der nachhaltigen Stadtentwicklung ermöglicht wurde. Wir besprechen die erfolgreiche Europäische Woche der Regionen und Städte dieses Jahres, enthüllen einige der wichtigsten Ergebnisse der *Ex-post*-Evaluierung für den Finanzierungszeitraum 2007–2013 und blicken in die Zukunft der Strategie für den Ostseeraum. In unserer Rubrik zu europäischen Regionen stellen wir diesmal die neugeschaffene französische Region Grand Est vor. Dazu haben wir den Vorsitzenden der Regionalverwaltung und die Kommissare Crețu und Thyssen interviewt und einige in der Region erfolgreich umgesetzte Projekte unter die Lupe genom-

men. In der Rubrik „Mit eigenen Worten“ lesen Sie Beiträge aus Polen, Italien, Rumänien und den Niederlanden.

Die Rubrik „Projekte“ beinhaltet Beiträge aus Griechenland und den Niederlanden. Das Projektinterview widmet sich einem Transportprojekt im südlichen Ostseeraum. Sie erhalten außerdem ein Poster, das die besten Beiträge zum Fotowettbewerb „Europa in meiner Region“ zeigt.

*Ana Paula Laissy*

**ANA-PAULA LAISSY**

*Leiterin der Kommunikationsabteilung, Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung, Europäische Kommission*

## EDITORIAL

Dies ist die letzte Ausgabe von *Panorama* im Jahr 2016. Ich denke, dies ist der richtige Moment, um auf „Pause“ zu drücken, das vergangene Jahr Revue passieren zu lassen und im Sinne der Regionalpolitik einen Ausblick auf das Jahr 2017 zu wagen.

In den vergangenen zwölf Monaten wurden mit Sicherheit einige Meilensteine erreicht und ich möchte davon gerne drei besonders hervorheben.

Zunächst steht die ehrliche, offene Bewertung der Ergebnisse der Regionalpolitik im Finanzierungszeitraum 2007-2013 an. Dies war wohl der schwierigste Zeitraum in der Geschichte der Europäischen Union, sowohl aus wirtschaftlichen, als auch aus politischen Gründen. Die Bewertung zeigt zweifellos, dass die Regionalpolitik ein Rettungsanker für zahlreiche Mitgliedstaaten war, die durch Haushaltskrisen erschüttert wurden. Unsere Politik half einer Million Menschen, trotz der Krise einen Arbeitsplatz zu finden, unterstützte tausende kleine und mittlere Unternehmen in Europa und verbesserte durch Investitionen in den Zugang zu grundlegenden Versorgungsleistungen wie z. B. sauberem Wasser die Leben von Millionen Europäern.

Vor dem Hintergrund der schlimmsten Wirtschafts- und Finanzkrise seit mehr als 80 Jahren stellte die Kohäsionspolitik eine unverzichtbare Quelle für öffentliche Investitionen dar.

Außerdem bin ich besonders über unseren Vorschlag glücklich und stolz, auf die Kofinanzierung der Begünstigten beim Wiederaufbau von Regionen, die durch Naturkatastrophen erschüttert wurden, zu verzichten. Auch hier wird der Mehrwert der EU eindeutig sichtbar.

Wir haben zudem eng mit den Mitgliedstaaten und Regionen zusammengearbeitet, um die Investitionen für 2007-2013 erfolgreich abzuschließen und neue Investitionen auf solider Grundlage zu starten. Es wurden über 120 Milliarden EUR für konkrete Projekte angewiesen, die einen Beitrag zur Verbesserung des Lebens der Bürger in der gesamten EU leisten werden.

Unsere größte Herausforderung für 2017 wird folglich nicht die Wirksamkeit der Regionalpolitik sein, sondern alle davon zu überzeugen, dass sie tatsächlich Wirkung zeigt. Die Regionalpolitik muss etwas bewegen, aber genauso wichtig ist, dass erkannt werden muss, dass die Regionalpolitik etwas bewegen kann!



Im kommenden Jahr werden wir auch die Quadratur des Kreises versuchen: neue Prioritäten fordern finanzielle Ressourcen, doch der künftige EU-Haushalt wird wahrscheinlich nicht steigen. Es wird auch unsere Aufgabe sein, in Einklang zu bringen, was als in Konflikt stehende Bedürfnisse gesehen werden kann: den Zugang zu regionalpolitischen Fonds, besonders für kleinere Begünstigte, vereinfachen und gleichzeitig das Geld der Steuerzahler sichern, während die Reaktionsgeschwindigkeit für Ereignisse wie Naturkatastrophen erhöht wird.

Seien wir ehrlich: die Regionalpolitik wird 2017 unter Druck stehen, kritisiert werden und manch einer wird Argumente dafür finden, dass es Zeit wird, sie abzuschaffen.

Die Regionalpolitik funktioniert aber! In ganz Europa! Und wir wissen das.

Wir befinden uns allerdings im Strudel einer gesellschaftlichen und technologischen Revolution, sodass wir uns an diese Veränderungen anpassen müssen. Hier liegt auch ein Kommunikationsproblem vor: wie können 500 Millionen Europäer erreicht werden, deren Vertrauen in Institutionen und traditionelle Medien gestört ist? Welche Mitteilungen, welche Wörter und welche Instrumente benötigen wir?

*Panorama* wird Sie über dieses und andere Themen auch im Jahr 2017 informieren. In dieser Ausgabe können Sie nun mehr über die Evaluierung des Zeitraums 2007-2013, u. a. im Hinblick auf die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Unterstützung von Unternehmen, Verkehr und die Bekämpfung des Klimawandels lesen.

Es ist entscheidend, dass diese guten Neuigkeiten den EU-Bürgern ordnungsgemäß mitgeteilt werden, damit sie genauer verstehen können, wie die Kohäsionspolitik echte und bleibende Verbesserungen für unser aller Leben bewirkt.

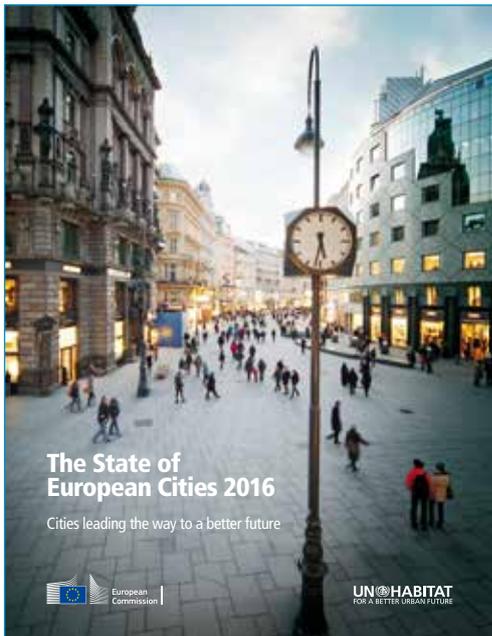
Ich wünsche Ihnen das Beste für das Jahr 2017.

**CORINA CREȚU**

EU-Kommissarin für Regionalpolitik

# Europäische Städte weisen den Weg

Ein neuer Bericht offenbart, dass die europäischen Städte eine entscheidende Rolle auf dem Weg in eine innovativere, integrativere und nachhaltigere Zukunft spielen.



Der neue „Bericht zum Zustand der europäischen Städte“ enthüllt, dass europäische Städte im Vergleich zu nordamerikanischen Städten doppelt so dicht besiedelt sind. Städte in Afrika, Asien und Lateinamerika sind weiterhin deutlich dichter besiedelt, erweitern sich aber, da sie wohlhabender werden und die Verkehrsinfrastruktur sich verbessert. Für ihren künftigen Energiebedarf ist entscheidend, ob sie die dichte Besie-

delung erhalten können, um einen wirksamen öffentlichen Personenverkehr, Fußwege und Radwege zu unterstützen. Viele europäische Städte geben ein gutes Beispiel ab, wie dies gelingen kann.

Europäische Städte haben zahlreiche sichtbare demografische Merkmale. Städte, insbesondere Hauptstädte, wachsen schneller als ihr Land insgesamt. Sie ziehen mehr Erwerbsbevölkerung an, die nach einem höheren Abschluss oder besseren Arbeitsplatz strebt. Menschen, die außerhalb der EU geboren wurden, siedeln sich eher in Städten, besonders in den großen Städten in Westeuropa an.

Europäische Städte leisten einen erheblichen wirtschaftlichen Beitrag, indem sie ein höheres BIP und einen Beschäftigungszuwachs erwirtschaften. Seit dem Jahr 2000 haben Städte zum Beispiel neun Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen, während in anderen Gebieten kein neuer Arbeitsplatz hinzukam. Städte haben außerdem eine höhere Beschäftigungsquote. Sie sind produktiver und innovativer, ihre Bewohner haben einen höheren Bildungsstand.

Die Hauptstadt bringt in fast allen Ländern die stärksten Leistungen. In einigen Ländern wirkt es sogar, als würde die Hauptstadt über- und andere Städte unterdurchschnittliche Leistungen erzielen. Einige Städte scheinen im mittleren Einkommen festgefahren und nicht in der Lage zu sein, auf Städte mit hohem Einkommen aufzuholen, sodass sie in verstärkten Wettbewerb mit Städten mit niedrigem Einkommen treten.



“ Die Veröffentlichung des Berichts zum Zustand der europäischen Städte bietet städtischen Akteuren auf europäischer und nationaler Ebene einen hervorragenden Überblick über die Lage in den europäischen Städten und Kleinstädten. Dank diesem Bericht können sich europäische Städte außerdem miteinander vergleichen. Jeder Bürgermeister und Stadtratsvorsitzende sollte diesen Bericht lesen! ”

Jan Olbrycht, Mitglied des Europäischen Parlaments und Vorsitzender der Arbeitsgruppe URBAN



“*Die Untersuchungen in diesem Bericht zeigen mithilfe einer Fülle neuer Daten, wie europäische Städte in wirtschaftlicher, ökologischer und strategischer Hinsicht den Weg bereiten.*”

Joan Clos, stellvertretender Generalsekretär der Vereinten Nationen und Direktor des Siedlungsprogramms der Vereinten Nationen (UN-Habitat)

## Lebensstandards

Im Hinblick auf soziale Faktoren bieten europäische Städte ein uneinheitliches Bild. In den östlichen EU-Mitgliedstaaten haben Städte eher geringere Arbeitslosenzahlen und niedrige Quoten bei Armut und sozialer Ausgrenzung. In einigen westlichen EU-Mitgliedstaaten haben sie hingegen höhere Arbeitslosenzahlen, obwohl sich viele Arbeitsplätze in ihnen bündeln. Diese Tatsache ist zum Teil auf ein Missverhältnis zwischen Qualifikationsangebot und Qualifikationsnachfrage zurückzuführen, Diskriminierung könnte jedoch ebenfalls eine Rolle spielen, da außerhalb der EU geborene Stadtbewohner deutlich niedrigere Beschäftigungsquoten aufweisen.

Wohnraum ist ein Bereich, der Sorge bereitet. Der Wohnraum in Städten ist tendenziell kleiner und teurer, wodurch immer mehr Haushalte in beengten Verhältnissen leben. Viele Bewohner von Städten mit hohem Einkommen sagen, dass es schwierig ist, guten Wohnraum zu einem vernünftigen Preis zu finden. Glücklicherweise schneiden die Städte in der EU im Hinblick auf Bildung und Ausbildung besser ab, wodurch die Menschen leichter einen besser bezahlten Arbeitsplatz finden können. Der Bau von mehr (erschwinglichem) Wohnraum in Städten mit großer Nachfrage würde dazu beitragen, die Armut zu verringern.

Der Verkehrsbereich ist ein dauerhaftes Problem für Städte, bei denen häufig Überlastung und Verschmutzung auf der politischen Agenda stehen. Sie bieten nichtsdestotrotz viele Mobilitätsleistungen. Aufgrund der kurzen Entfernungen zu vielen unterschiedlichen Zielorten bieten Gehen und Radfahren realistische Alternativen. Die Bevölkerungsdichte und die Bündelung der Zielorte bewirkt eine effiziente Bereitstellung des öffentlichen Personenverkehrs.

Städte haben jedoch nicht automatisch einen hohen Anteil kohlenstoffarmer Mobilität. Sie müssen diesen komfortabel, effizient und sicher gestalten, um mehr Menschen anzuregen, diese Transportmittel zu nutzen. Zusätzlich könnten Städte Maßnahmen wie eine Innenstadtmaut oder höhere Parkgebühren im

Stadtzentrum umsetzen, um den Verkehr einzuschränken. Damit wäre auch der Nutzen verbunden, die Luftqualität zu verbessern, die weiterhin in vielen Städten ein Gesundheitsrisiko darstellt und nicht den Luftqualitätsrichtlinien der EU entspricht.

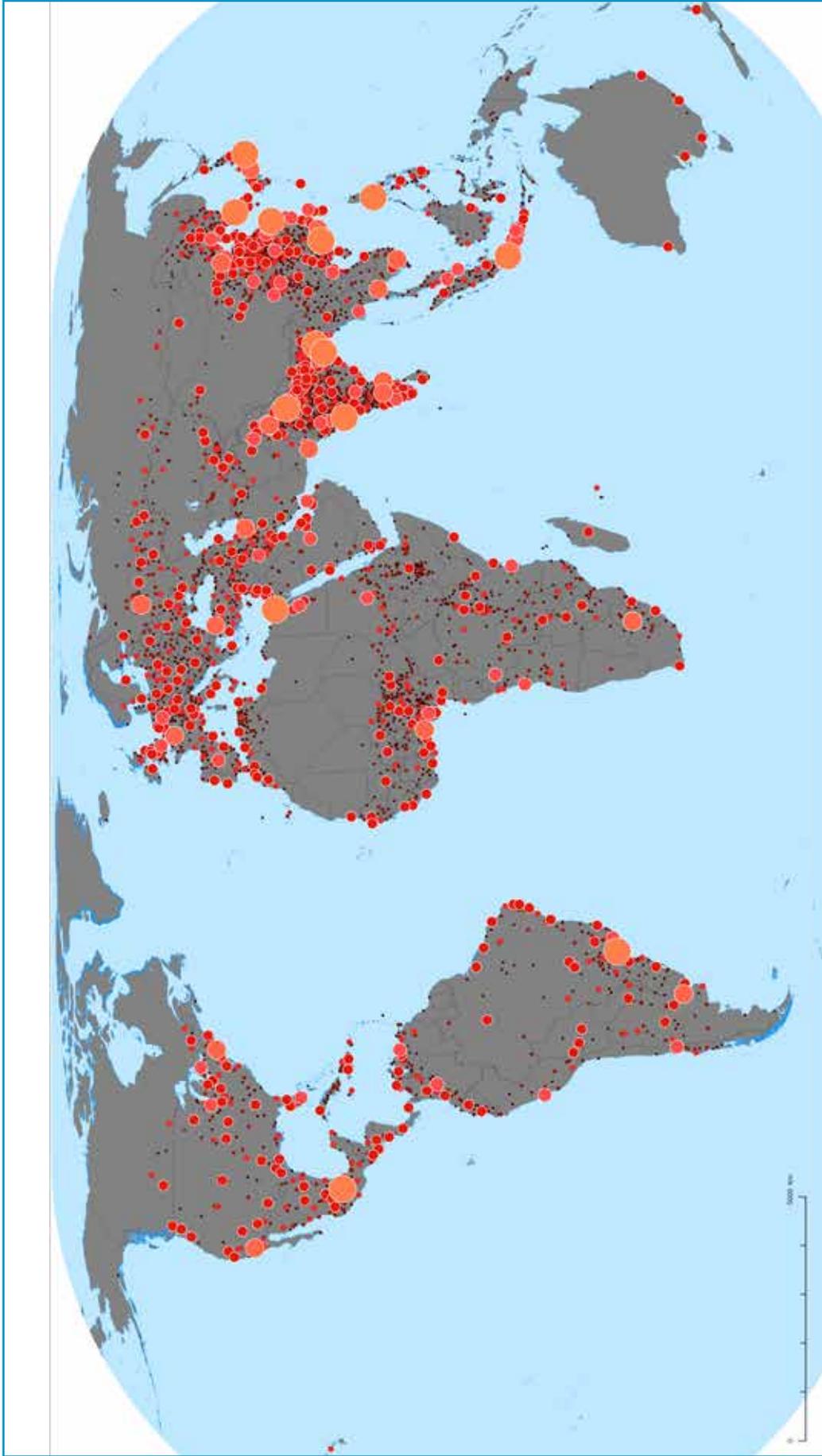
Städte sind ressourceneffizienter als Kleinstädte, Vororte und ländliche Gebiete. Pro Kopf werden weniger Land und weniger lokale Straßen benötigt, wodurch erhebliche Kosteneinsparungen im Hinblick auf Investitionen und Wartung möglich sind. Die Landnutzung pro Kopf ist in den meisten Städten gestiegen, aber mehr als die Hälfte der Städte mit Bevölkerungswachstum haben die Landnutzung pro Einwohner verringert.

## Zukunftsplanung

Städte berücksichtigen den Klimawandel immer stärker. Viele Städte in der EU haben den Konvent der Bürgermeister unterzeichnet, der eine Verpflichtung zur Verringerung der Treibhausgasemissionen bis 2020 um 20 % darstellt. Städte nutzen immer mehr naturbasierte Lösungen, die einen wirksamen Beitrag zu mehreren Zielen leisten können. Begrünte Dächer können zum Beispiel dabei helfen, die Auswirkungen von Hitzewellen zu verringern, ablaufendes Wasser auffangen und den Bedarf an Kühlung reduzieren.

In den meisten Ländern spielen lokale Regierungen, auch in Städten, eine größere Rolle als in Regionen. Aufgrund des Bevölkerungswachstums und besserer Verkehrsanbindung und Kommunikation, geht der Einfluss einer Stadt heutzutage jedoch weit über ihre kommunalen Grenzen hinaus. Das bedeutet, dass die Stadtverwaltung sich auf einen großstädtischen Maßstab einstellen muss, um diesen größeren Arbeits- und Wohnmärkten gerecht zu werden. Daher testen viele Länder verschiedene städtische Verwaltungssysteme.

Städte benötigen ausreichend Autonomie und genügend Ressourcen, eine eindeutig vorgegebene Beschlussfassung, Unterstützung von den Einwohnern und einen möglichst direkt gewählten Bürgermeister. Obwohl sich die Autonomie der Städte



**Städtische Zentren weltweit nach Bevölkerungsgröße, 2015**

Einwohner



Quelle: JRC (GHS – POP Globales Siedlungsmodell)



“*Mit diesem Bericht wollen wir die Wahrnehmung von Städten als Problemquelle ändern und sie als Orte mit Potenzial darstellen.*”

Corina Crețu, EU-Kommissarin für Regionalpolitik

in den vergangenen zwei Jahrzehnten ausgeweitet hat, führte die Wirtschaftskrise zu geringeren öffentlichen Investitionen und zu einer Senkung des Anteils der von lokalen Regierungen getätigten öffentlichen Investitionsausgaben.

Dieser Bericht wurde erstellt, um die Städteagenda für die EU sowie die neue globale Städteagenda zu unterstützen, die während der Habitat-III-Konferenz der Vereinten Nationen in Quito angenommen wurde (siehe Seite 10). Er wurde von der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Europäischen Kommission und von UN-Habitat ausgearbeitet.

Die im Bericht verwendeten Indikatoren können auf der [neuen Plattform für Städtedaten](#), die von der [Gemeinsamen Forschungsstelle der Kommission](#) erstellt wurde, eingesehen und aufgerufen werden. Diese Plattform vereinfacht die Ermittlung

vergleichbarer Indikatoren für europäische Städte und hilft Städten, voneinander zu lernen.

Sie ist hier zu erreichen: <http://urban.jrc.ec.europa.eu>

Der Bericht zum Zustand der europäischen Städte wurde während der Europäischen Woche der Regionen und Städte in Brüssel veröffentlicht und am 12. Oktober auf der Habitat-III-Konferenz in Quito vorgestellt.

Er kann hier heruntergeladen werden: <http://urban.jrc.ec.europa.eu>

MEHR DAZU:

<http://europa.eu/!MY73Dq>

## ENTWICKLUNG EINER GLOBALEN, DIE MENSCHEN BERÜCKSICHTIGENDE DEFINITION VON STÄDTEN UND SIEDLUNGEN

Städte möchten voneinander lernen. Wie in der neuen Städteagenda angegeben, würde eine globale Definition dabei helfen. Wir können selbst einfachste Fragen nur mit einer solchen Definition beantworten, z. B. welche Stadt eine größere Bevölkerungszahl hat. Viele der Zielindikatoren der UN für nachhaltige Stadtentwicklung sind außerdem sehr heikel im Hinblick darauf, wo die Stadtgrenze gezogen wird. Der Zugang zu öffentlichem Personenverkehr und die Luftverschmutzung sind zum Beispiel im Stadtzentrum tendenziell hoch, in den Vororten jedoch deutlich niedriger. Wenn die Stadtgrenze also die Vororte ausgrenzt, sind diese Indikatoren somit viel höher, als wenn sie inbegriffen sind. Aus den genannten Gründen engagiert sich die EU gemeinsam mit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der Weltbank dafür, eine solche Definition zu entwickeln.

Zum Glück muss diese Arbeit nicht ganz von vorne beginnen. Die EU hat mit der OECD eine gemeinsame Städtedefinition entwickelt. In Ergänzung dazu hat die EU eine Variante geschaffen, die auch kleinere Siedlungen, je nach ihrem Verstädterungsgrad, umfasst. Die Weltbank hat den Verstädterungsgrad bereits geprüft und die Ergebnisse mit zahlreichen Ländern außerhalb der EU sowie der OECD besprochen.

In Vorbereitung auf die Habitat-III-Konferenz hat die Gemeinsame Forschungsstelle ein neues globales Bevölkerungsraster entwickelt und den Verstädterungsgrad angewandt. Diese Ergebnisse für die Jahre 1975, 1990, 2000 und 2015 können unter <http://ghsl.jrc.ec.europa.eu> eingesehen und heruntergeladen werden. Die häufig zitierten Daten der UN-Prognose zur Entwicklung der Weltbevölkerung, die auf nationalen Definitionen beruhen, können eine ziemlich verzerrte Darstellung sein. Die Kombination der nationalen Definitionen stellt in Afrika zum Beispiel eine Verstädterung von lediglich 40 % fest, während die harmonisierte Definition 80 % angibt.

Die nächsten Schritte für dieses Engagement sind die Vorlage und Erörterung dieser Ergebnisse mit zahlreichen unterschiedlichen Partnern. Auf Grundlage der Resonanz darauf wird die Methode verfeinert und den Vereinten Nationen eine globale, die Menschen berücksichtigende Definition von Städten und Siedlungen vorgeschlagen.

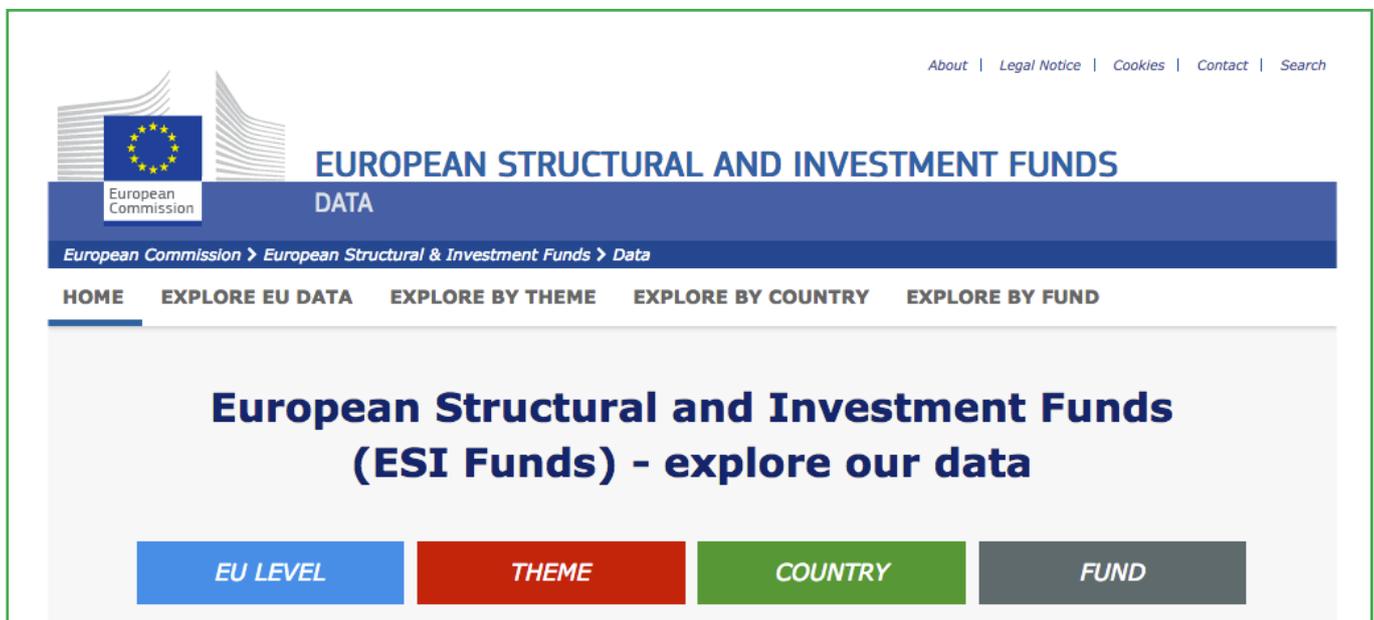
# DATENPUNKT: 1 – OFFENE DATENPLATTFORM

GIBT ES EIN THEMA, DAS IHRER ANSICHT NACH IN KÜNFTIGEN *PANORAMA* DATENPUNKT-ARTIKELN BEHANDELT WERDEN SOLLTE?

MÖCHTEN SIE, DASS WIR EINEN BESTIMMTEN DATENSATZ IN DIE OFFENE DATENPLATTFORM DER ESI-FONDS AUFNEHMEN?

Dann senden Sie eine E-Mail an: REGIO-EVAL@ec.europa.eu

## Die ESI-Fonds und offene Daten – ein neues Zeitalter



The screenshot shows the top section of the ESI Funds data platform website. At the top right, there are links for 'About', 'Legal Notice', 'Cookies', 'Contact', and 'Search'. The main header includes the European Commission logo and the text 'EUROPEAN STRUCTURAL AND INVESTMENT FUNDS DATA'. Below this is a breadcrumb trail: 'European Commission > European Structural & Investment Funds > Data'. A navigation bar contains links for 'HOME', 'EXPLORE EU DATA', 'EXPLORE BY THEME', 'EXPLORE BY COUNTRY', and 'EXPLORE BY FUND'. The main content area features the heading 'European Structural and Investment Funds (ESI Funds) - explore our data' and four large buttons: 'EU LEVEL' (blue), 'THEME' (red), 'COUNTRY' (green), and 'FUND' (grey).

Wir begrüßen Sie zum ersten *Panorama*-Artikel in einer regelmäßig erscheinenden Reihe, die sich mit verschiedenen Datenaspekten beschäftigt. Wir hoffen, durch diese Artikel mehr Aufschluss darüber zu geben, welche Art von Daten im ESI-Fonds-Programm zur Verfügung steht und wie diese genutzt werden können, um strukturierte Informationen zu erstellen und ein besseres Verständnis von der Funktionsweise der Politik zu fördern. Im Folgenden stellen wir die Offene Datenplattform der ESI-Fonds vor.

Die Programmreformen für den Zeitraum 2014-2020 umfassen die Pflicht, der Kommission über das gemeinsame IT-System „SFC2014“ strukturierte Finanz- und Indikatordaten bereitzustellen. Der Lohn dieser minutiösen Arbeit wird nun durch die Offene Datenplattform der ESI-Fonds ersichtlich. Sie stellt zu allen 533 Programmen detaillierte, strukturierte Daten zur Verfügung und ermöglicht ihre optimale Auswertung.

Die Kommission baut die Menge und den Umfang der zur Verfügung gestellten Daten schrittweise aus. Vorrang wird dabei Datensätzen eingeräumt, die Standardinformationen für alle fünf ESI-Fonds bereitstellen. Seit der Einführung der Plattform im Dezember 2015 mit Datensätzen zu den formulierten Finanz- und Indikator-Zielvorgaben für 2014-2020 wurden bereits zwei wichtige Aktualisierungen vorgenommen:

- **Juli 2016:** Aktualisierung der geplanten Finanzierung, um allen angenommenen Programme gerecht zu werden und die Öffnung bestimmter Seiten zur Darstellung aller 533 Programme (aufrufbar über die Länderseiten);
- **Dezember 2016:** erste Informationen über die Anwendung von Finanzmitteln und den Fortschritt in Richtung der gemeinsamen Indikator-Zielvorgaben.

**Um den Datenreichtum voll auszuschöpfen, sollte die Plattform online genutzt werden. Lesen Sie hier einige Tipps dazu:**

- **Bildschirmvisualisierungen** liefern vordefinierte Darstellungen der zugrunde liegenden Datensätze. Die Datensätze stellen präzisere Details zur Verfügung und ermöglichen alternative Analysen und Visualisierungen.
- **Der Katalog auf der Startseite** bietet eine vollständige Liste der filterbaren und aufrufbaren Datensätze und Schaubilder. Zur Verfügung stehen die den Darstellungen zugrunde liegenden Datensätze – „ESIF 2014-2010 Finanzdaten“ und „ESIF 2014-2020 Leistungsdaten“ – sowie weitere Datensätze für die Zeiträume 2014-2020 und 2007-2013.
- Die Plattform (betrieben von SOCRATA, einem auf Tools zur Datenvisualisierung und -analyse für die Öffnung von Regierungsdaten spezialisierten Unternehmen) – stellt **Softwareinstrumente über den Katalog** zur Verfügung, um

individuelle Visualisierungen zu erstellen oder Datenvisualisierungen herunterzuladen oder in die eigene Website einzubetten.

- Eine Seite für **häufig gestellte Fragen** („FAQ“) sowie ein **Einleitungsvideo** stehen über die Schaltfläche „About“ („Über uns“) auf der Homepage im Kopf- und Fußleistenmenü zur Verfügung.

Die Mitgliedstaaten wurden darüber unterrichtet, dass die von ihnen vorgelegten Daten öffentlich zugänglich gemacht werden. Ihnen kommt daher eine bedeutende Rolle bei der Gewährleistung der Qualität und Zuverlässigkeit zu. Wir rechnen damit, dass die Nutzung offener Daten zur Planung und Durchführung die Transparenz und Rechenschaftspflicht stärken und eine fundiertere Debatte über die Leistung der Politik sowie bestimmter Programme ermöglichen wird. ■

**MEHR DAZU**

**ESI-Fonds – Offene Datenplattform:**

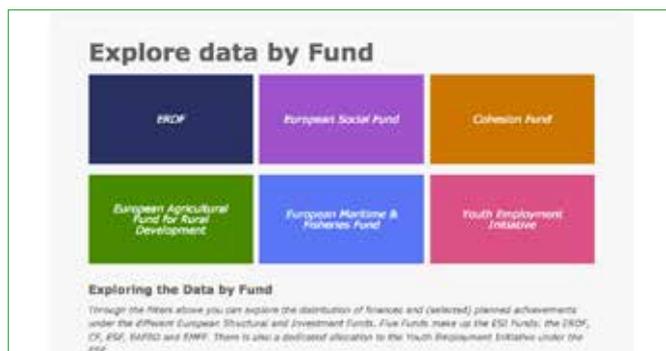
<https://cohesiondata.ec.europa.eu/>

**Katalog von Datensätzen, Grafiken usw.:**

<https://cohesiondata.ec.europa.eu/browse>

**FAQ:**

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/en/faq/about\\_open\\_data/](http://ec.europa.eu/regional_policy/en/faq/about_open_data/)





# KOMMISSARIN CREȚU FÜHRT EU-DELEGATION IN QUITO AN

**Die Habitat-III-Konferenz für nachhaltige Stadtentwicklung kam mit der Verabschiedung der neuen Städteagenda, der zwanzigjährigen Strategie der Vereinten Nationen zur Prüfung der Bauweise, Verwaltung und Lebensweise in Städten, zu einem erfolgreichen Abschluss.**

Die neue Städteagenda, die zwanzigjährige Strategie für nachhaltige Stadtentwicklung, wurde am 20. Oktober von fast 170 Ländern einstimmig angenommen. Die Delegation der Europäischen Union wurde bei der Konferenz, der 30 000 Menschen aus 167 Ländern, darunter 10 000 weltweite Teilnehmer, beiwohnten, von der EU-Kommissarin für Regionalpolitik Corina Crețu angeführt. Die Organisatoren von Habitat III würdigten, dass dies die höchste jemals durch die lokalen Behörden, die Zivilgesellschaft und andere Interessenvertreter bei einer Konferenz der Vereinten Nationen registrierte Teilnehmerzahl darstellte.

Der Entwurf der neuen Städteagenda wurde am Ende der in der ecuadorianischen Hauptstadt Quito vom 16. bis 20. Oktober stattfindenden Habitat-III-Konferenz angenommen. Die dritte Konferenz der Vereinten Nationen für Siedlungswesen und nachhaltige Stadtentwicklung war nach der Annahme der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung die erste Konferenz zur Umsetzung ihrer Ziele. Die Annahme der Agenda 2030 im September 2015 wurde zwar als Meilenstein angesehen, die größte Herausforderung liegt jedoch noch vor uns: die Umsetzung wird ein echter Test, bei dem Habitat III eine erhebliche Rolle auf dem Weg von der bloßen Bereitschaft zu konkreten Taten spielt.

Gemäß der Entschliebung 66/207 der Generalversammlung der Vereinten Nationen (UNGA) und im Einklang mit dem

zwanzigjährigen Zyklus wurde auf der UNGA im Jahr 2011 entschieden, die Habitat-III-Konferenz in dem Bestreben einzuberufen, die globale Verpflichtung zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung mit neuem Leben zu erfüllen.

## Realitätsprüfung

Das Ziel der Konferenz war die Sicherstellung einer erneuerten politischen Verpflichtung zu nachhaltiger Stadtentwicklung, die Bewertung der bisherigen Erfolge, die Bekämpfung der Armut und die Ermittlung und Bewältigung neuer und entstehender Herausforderungen. In der genannten Entschliebung wurde entschieden, dass Habitat III zu einem kompakten, gezielten, zukunftsweisenden und handlungsorientierten Abschlussdokument führen, und dass ein vorbereitender Ausschuss und eine Dienststelle eingerichtet werden sollen, die diese Konferenz vorbereiten. Vier EU-Mitgliedstaaten haben in dieser Dienststelle Aufgaben übernommen, dies waren Frankreich, die Tschechische Republik, Deutschland und die Slowakei.

Die neue Städteagenda dient in den kommenden 20 Jahren als Leitfaden für Strategien und Finanzierungen der Stadtentwicklung. Sie ist ein Eckpfeiler für die Durchführung und Lokalisierung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und andere bedeutende Reformprogramme des Jahres 2015, insbesondere für das Pariser Übereinkommen.

Sie bietet außerdem, wie auch andere Ziele und Zielsetzungen der Agenda 2030, einen wichtigen Impuls für die Umsetzung des 11. Ziels für nachhaltige Entwicklung, „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig“ zu machen. Die neue Städteagenda strebt danach, eine für beide Seiten gewinnbringende Verbindung zwischen Verstärkung und nachhaltiger Entwicklung zu erschaffen.



## Der Geist der EU

Seit Januar 2015 wurde die Erarbeitung einer gemeinsamen Position der EU und ihrer Mitgliedstaaten in der Arbeitsgruppe des Rates „Vorbereitung internationaler Entwicklungskonferenzen“ koordiniert. Die GD Regionalpolitik und Stadtentwicklung hat den Prozess gemeinsam mit der GD Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung und dem Europäischen Auswärtigen Dienst (EAS) in Zusammenarbeit mit den anderen betroffenen Generaldirektionen angeführt und koordiniert.

Dies war eine großartige Aufgabe für die interne Koordination zwischen den Dienststellen der Kommission und den Mitgliedstaaten, durch die anschließend zahlreiche Fortschritte bei dieser Herausforderung erzielt wurden und ein starker Zusammenhalt entwickelt wurde, der dem der EU entspricht. Damit konnte die EU als einer der wichtigsten Akteure in den Verhandlungen auftreten und sicherstellen, dass ihre Position in der neuen Städteagenda deutlich zum Ausdruck gebracht wird.



Der Beitrag der EU zu Habitat III und dem Abschlussdokument der neuen Städteagenda beruht auf der gemeinsamen Verpflichtung, das übergeordnete Ziel der nachhaltigen Stadtentwicklung unter Berücksichtigung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit zu erreichen. Er ist durch die zehn Prioritäten der Europäischen Kommission und die gemeinsame Arbeit mit den EU-Mitgliedstaaten an der Städteagenda für die EU sowie die vereinten Kenntnisse in der Stadtentwicklung geprägt. In diesem Sinne ist die Städteagenda für die Europäische Union ein wichtiger Durchführungsmechanismus der EU für die neue Städteagenda.

Die Vision der EU für die zukünftige globale neue Städteagenda beruht auf dem Verständnis, dass ein integrierter und ortsbasierter Ansatz für die Stadtentwicklung sowie eine langfristige Vorstellung notwendig sind, um gut geführte, sozial integrative und sichere, belastbare, ressourceneffiziente Städte zu fördern, die ökologisch nachhaltig und wirtschaftlich erfolgreich sind.

Dieser Ansatz berücksichtigt die Vielfalt der Städte und ihren breiteren territorialen Zusammenhang und fördert die Verbindung von Städten und ländlichem Raum, um dem Ziel des territorialen Zusammenhalts der EU gerecht zu werden. Alle Anstrengungen sollen durch die Achtung und den Schutz der Menschenrechte und der Geschlechtergleichheit sowie die umfassende Beteiligung ausgegrenzter und schutzbedürftiger Gruppen als Voraussetzung für die Erreichung einer integrativen nachhaltigen Entwicklung untermauert werden.

Darüber hinaus sind die Anerkennung der wichtigen Aufgabe der Kultur, die Erhaltung und Aufwertung des Kultur- und Naturbes neben der Verfügbarkeit des öffentlichen Raums – eine grundlegende Bedingung für die Beteiligung und das gemeinsame Verantwortungsgefühl für die Erreichung dieser Ziele – Bestandteile dieses Ansatzes.

## Gute Regierungsführung

Der echte Mehrwert der durch die EU in die globale Diskussion gebrachten Vision war die Bedeutung der guten städtischen Steuerung und insbesondere die Rolle der lokalen Behörden und Interessenvertreter als Schlüsselaspekt für die Erreichung einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Die EU und ihre Mitgliedstaaten setzten sich vehement dafür ein, dass nachhaltige Stadtentwicklung auf nationaler und lokaler Ebene Institutionen erfordert, die rechtmäßig, effektiv, rechenschaftspflichtig und

transparent agieren. Sie müssen außerdem integrative, fak-  
tengestützte und partizipative Entscheidungsprozesse in  
einem gut geführten Regierungssystem auf mehreren Ebenen  
mit verschiedenen Akteuren befolgen.

Die effektive lokale Steuerung trägt außerdem erheblich zur  
Durchsetzung von Demokratie und der Einbindung der Bürger  
bei. Eine besondere Bedeutung hatte die Position der EU zur  
Rolle der lokalen Behörden und der Zivilgesellschaft, die  
augenscheinlich nicht Teil der zwischenstaatlichen Verhand-  
lungen war. Die EU unterstrich die Bedeutung der Einbindung  
und Beratung lokaler Behörden in jedem Stadium des politi-  
schen Prozesses, von der Planung bis zur Durchführung und  
stellte fest, dass ihr Einsatz und ihre Verantwortung auf allen  
Ebenen für den Erfolg erforderlich ist.

Kommissarin Crețu vertrat diese Botschaft auch gegenüber  
führenden Politikern auf der globalen Versammlung von loka-  
len Behörden. Sie fungierte als ausgleichender Akteur und  
Vermittler im schwierigen und angespannten Dialog zwischen  
nationalen Regierungen und lokalen Behörden im globalen  
Kontext.

Während der offiziellen Plenarsitzungen der Vereinten Nati-  
onen sprach Kommissarin Crețu als Leiterin der EU-Delegati-  
on im Namen der EU und ihrer Mitgliedstaaten. Der EU-Delega-  
tion gehörten auch Vertreter des Europäischen Parlaments  
und des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses  
an. Neben ihrer offiziellen Aufgabe als Vertreterin der EU und  
ihrer Mitgliedstaaten in den formellen Plenarsitzungen der  
VN nahm die Kommissarin auch an hochrangigen themenbe-  
zogenen Rundtischgesprächen zur Umsetzung der neuen  
Städteagenda teil und hatte zahlreichen bilaterale Treffen  
mit strategischen Partnern, VN-Agenturen und Ländern, z. B.  
mit der Weltbank, der OECD, dem UNDP und Südkorea.

## Die Umsetzung nach der Verabschiedung

Nachdem die Agenda 2030 und die neue Städteagenda nun  
angenommen wurden, ist es entscheidend, dass die EU die  
Erstgenannte mithilfe eines übergreifenden Ansatzes umsetzt,  
der sowohl interne Maßnahmen als auch das auswärtige Han-  
deln beinhaltet und alle relevanten Akteure beteiligt. Die  
Umsetzung erfordert einen strategischen, integrierten und  
ortsbasierten Ansatz, der verschiedene territoriale Zusam-  
menhänge berücksichtigt. Die Kohäsionspolitik ist aus diesem  
Grund eine der wichtigsten Strategien, die einen Beitrag zu  
den Zielen für nachhaltige Entwicklung beitragen, da sie etwa  
500 Milliarden EUR in der gesamten EU während des

Zeitraums 2014-2020 wirksam einsetzt und fast alle diese  
Ziele unterstützt.

Die Kohäsionspolitik und ihre städtische Dimension sind eng  
mit dem Ansatz der Agenda 2030 verknüpft, denn nachhaltige  
Entwicklung ist als verbindlicher horizontaler Grundsatz in der  
Kohäsionspolitik verankert. In diesem Zusammenhang ist die  
neue Städteagenda ein Eckpfeiler für die Umsetzung der  
Agenda 2030, da mit ihr stadtbezogene Ziele und Zielsetzungen  
in stadtspezifische Empfehlungen umgewandelt werden.  
Die EU hat ihre Arbeit in diesem Bereich bereits mit der kürz-  
lich angenommenen Städteagenda aufgenommen und ist nun  
verpflichtet, die Umsetzung der neuen Städteagenda und der  
städtischen Dimension der Agenda 2030 anzuführen und zu  
fördern. Die EU ist ebenso verpflichtet, sich weltweit mit Part-  
nern zusammenzuschließen, um gemeinsam die Herausfor-  
derungen der städtischen Armut und Ausgrenzung anzugehen,  
damit die Partnerländer überall von der nachhaltigen Ent-  
wicklung profitieren.

Die neue Städteagenda ist das Ergebnis der gemeinsamen  
Anstrengungen der EU, eine Agenda auszuarbeiten, die tat-  
sächlich etwas verändert. Sie ist eine einmalige Gelegenheit,  
unsere gemeinsame Zukunft in den Städten zu verbessern. Die  
neue Städteagenda beinhaltet alle notwendigen Elemente, um  
nicht wie üblich weiterzumachen und die im Jahr 2015 festge-  
legten Ziele für nachhaltige Entwicklung vor Ort umzusetzen.

Indem die neue Städteagenda mit Leben gefüllt wird und die  
globalen Herausforderungen der nachhaltigen Stadtentwick-  
lung in globale Möglichkeiten für alle umgesetzt wird, ist es  
möglich, gemeinsam zu erreichen, dass niemand mehr aus-  
gegrenzt wird. Die gemeinsame Pflicht der EU ist, sie jetzt  
umzusetzen! ■

---

### MEHR DAZU

#### Neue Städteagenda:

<https://habitat3.org/the-new-urban-agenda/>

#### Eine Städteagenda für die EU:

<http://urbanagendaforthe.eu/>

#### Habitat-III-Konferenz in Quito:

<https://habitat3.org/>

#### Gemeinsame Prager Erklärung:

<http://www.europeanhabitat.com/?lang=en>

# DER UMSETZUNGSPLAN VON QUITO

Der Umsetzungsplan von Quito bezieht sich auf konkrete Verpflichtungen zahlreicher Partner, und soll zur Umsetzung der Ergebnisse der Habitat-III-Konferenz und der neuen Städteagenda beitragen und diese untermauern.

Insgesamt wurden rund 70 freiwillige Verpflichtungen vorgestellt, darunter drei von der Europäischen Kommission. Die Einzelheiten dieser drei Verpflichtungen wurden von Kommissarin Crețu dargelegt:

## 1. UMSETZUNG DER NEUEN STÄDTEAGENDA DURCH DIE STÄDTEAGENDA FÜR DIE EU

Die neue Städteagenda und die Städteagenda für die EU haben die Vision einer ausgeglichenen, nachhaltigen und integrierten Stadtentwicklung gemeinsam. Letztere wurde erarbeitet, um Städte zu bemächtigen, sich in die Politikgestaltung einzubringen. Die Städteagenda für die EU trägt in Partnerschaft mit städtischen Interessenvertretern – nicht nur Städten, sondern Unternehmen, NRO und Vertretern der Mitgliedstaaten und EU-Institutionen – mit ihren 12 Schwerpunktthemen, der Steuerung auf mehreren Ebenen und dem Fokus auf wechselseitigem Lernen zur Umsetzung der neuen Städteagenda in der EU bei.

Es wurden bereits Aktionspläne für die 12 Schwerpunktthemen ausgearbeitet. Sie enthalten politische Empfehlungen, bewährte Verfahren und Projekte, die in der gesamten EU genutzt und erweitert werden sollen.

## 2. ENTWICKLUNG EINER GLOBALEN, HARMONISIERTEN DEFINITION VON STÄDTEN

Eine gemeinsame Definition für Städte soll weltweit genutzt werden, um Daten zu vergleichen, einen Maßstab zu haben und eine bessere Überwachung zu erreichen. In Partnerschaft mit der OECD und der Weltbank entwickelt die EU eine solche Definition, die auf der gemeinsamen Definition der EU und OECD aufbaut und auf der Bevölkerungsgröße und -dichte sowie dem Verstädterungsgrad beruht.

Es werden eine Online-Datenbank und eine weltweite Liste der Städte und ihrer wichtigsten Merkmale erstellt. Gegebenenfalls wird den Vereinten Nationen ein Vorschlag für eine globale Definition für Städte vorgelegt.

## 3. FÖRDERUNG DER ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN STÄDTEN IM BEREICH DER NACHHALTIGEN STADTENTWICKLUNG

Städte auf der ganzen Welt\* werden basierend auf dem gezielten Ansatz des EU-finanzierten URBACT-Netzwerkes und der Methodologie des EU-Programms für internationale Zusammenarbeit ermutigt, sich mit einer oder mehreren Partnerstädten zu verknüpfen, um lokale Aktionspläne und Projekte zu entwickeln und umzusetzen, die auf gemeinsamen Prioritäten beruhen, z. B. Zugang zu Wasser, Verkehrssystemen, Gesundheit oder Wohnraum. Die Ausarbeitung und Umsetzung dieser Aktionspläne sollte in enger Zusammenarbeit mit Geschäftspartnern erfolgen.

Eine Online-Kommunikationsplattform bietet Leitlinien und ermöglicht überregionale Zusammenarbeit.

\* Der Umfang der Verpflichtung umfasst Städte in Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Mexiko, Peru, Kanada, China, Indien, Japan, den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union. ■

### MEHR DAZU

<https://habitat3.org/quito-implementation-plan>



# Umsetzung der Verpflichtungen der EU



## Kommissarin Crețu erklärt *Panorama* warum die Teilnahme der EU-Delegation an der VN-Konferenz in Quito erfolgreich war.

### *Was war Ihr Kernziel?*

Ich war sehr erfreut, dieser historischen Konferenz beiwohnen zu dürfen, auf der die neue Städteagenda der Vereinten Nationen angenommen wurde. Zudem konnte ich mit Menschen aus aller Welt Gespräche führen. Ich

haben den starken Beitrag der Europäischen Kommission und der EU zu diesem globalen Programm für nachhaltige Stadtentwicklung betont. Die wichtigsten Grundsätze dieser neuen Städteagenda stehen im Zusammenhang mit sozial integrativen, sicheren, umweltfreundlichen, belastbaren und innovativen Städten sowie einer guten städtischen Steuerung, die Zusammenarbeit und Wissen fördert. In ihrem Zentrum steht weiterhin der Menschenrechtsansatz sowie die Unterstützung von Frauen, beide sind entscheidend, um eine nachhaltige und integrative Entwicklung zu erreichen. Diese Grundsätze sind außerdem gemeinsame Werte der EU und ein Bestandteil der Prioritäten unseres Präsidenten.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten verpflichten sich ebenso, sich weltweit mit Partnern zusammenzuschließen, um gemeinsam die Herausforderungen der städtischen Armut und Ausgrenzung anzugehen, damit unsere Partnerländer von der nachhaltigen Entwicklung profitieren. Die Herausforderung

besteht jetzt darin, diese neue Städteagenda gezielt umzusetzen.

### *Welchen Beitrag leistet die Kohäsionspolitik zu diesen Zielen?*

Die Kohäsionspolitik stellt umfassende Unterstützung für Stadtgebiete in der gesamten EU zur Verfügung, nicht zuletzt in Form von finanzieller Hilfe. Im Zeitraum 2014–2020 werden insgesamt 100 Milliarden EUR in Stadtgebiete investiert. Mindestens 5 % der nationalen Zuteilung von EFRE müssen für nachhaltige Stadtentwicklung eingeplant werden, 15 Milliarden EUR werden dabei direkt von den Städten verwaltet. Außerdem werden 750 Städte in die Lage versetzt, integrierte Strategien für nachhaltige Stadtentwicklung umzusetzen. Die EU kann über die finanzielle Hilfe hinaus Städte auch durch technische Hilfe unterstützen, in der gesamten EU in Netzwerken zusammenarbeiten oder in bestimmten Themengebieten kooperieren. Dies ist auch das besondere Ziel der neu eingeführten „Partnerschaften“ innerhalb der Städteagenda für die EU, die im letzten Mai in Amsterdam vereinbart wurde. Die neue Städteagenda spiegelt die Vision der EU für nachhaltige Stadtentwicklung eigentlich gut wider. Sie beruht auf der Steuerung



Kommissarin Crețu mit UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon



Kommissarin Crețu mit OECD-Generalsekretär José Ángel Gurría



Kommissarin Crețu wird Mpho Parks Tau, Generalsekretär der Organisation „Vereinigte Städte und lokale Gebietskörperschaften“ vorgestellt

auf mehreren Ebenen und einem integrierten und ortsbasierten Ansatz, der die Vielfalt der Städte und ihren breiteren territorialen Zusammenhang berücksichtigt und die Anbindung von Städten und ländlichem Raum fördert.

*Wie wird das Leben der Bürger beeinflusst?*

In Europa lebt ungefähr ein Drittel der Bürger in Stadtgebieten. Diese Gebiete sind die Motoren der Wirtschaft und für die Entwicklung einer widerstandsfähigen Gesellschaft, aber auch Orte, in denen ernsthafte Probleme wie Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung, Armut und Verschmutzung

allgegenwärtig sind. Die neue Städteagenda bietet eine Gelegenheit, unsere gemeinsame Zukunft zu gestalten. Sie beinhaltet alle notwendigen Elemente, um nicht wie üblich weiterzumachen und die Ziele für nachhaltige Entwicklung, zu denen die Kommission im November eine Mitteilung über „Die nächsten Schritte für eine nachhaltige europäische Zukunft“ verfasst hat, vor Ort umzusetzen. Wir sind alle Bürger derselben Welt.

*Was wurde bisher erreicht?*

Wir haben die großen Anstrengungen und das vorausschauende Handeln der EU für nachhaltige Stadtentwicklung in

Europa dargelegt. Außerdem sind wir drei freiwillige Verpflichtungen eingegangen: Umsetzung der neuen Städteagenda durch die Städteagenda für die EU; Entwicklung einer globalen, harmonisierten Definition von Städten; und Förderung der Zusammenarbeit zwischen Städten im Bereich der nachhaltigen Stadtentwicklung. Es liegt nun an uns allen in Europa und außerhalb von Europa, diese Ergebnisse an der Basis in die Realität umzusetzen. ■



Mauricio Rodas Espinel, Bürgermeister von Quito heißt Kommissarin Crețu zum Abendessen der weltweiten Bürgermeisterversammlung willkommen



Kommissarin Crețu trifft Joan Clos, Direktor von UN-Habitat

# NEUN GRÜNDE, WARUM DIE KOHÄSIONSPOLITIK FÜR EUROPA FUNKTIONIERT

Laut einem Gutachten unabhängiger Sachverständiger über den Finanzierungszeitraum 2007-2013 hatten Investitionen im Rahmen der Kohäsionspolitik positive, greifbare Ergebnisse, die von der Schaffung von Arbeitsplätzen über positive Auswirkungen auf regionale Ungleichheiten bis hin zu einer Erhöhung des BIP reichten.

Die Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2007-2013 wurde in schweren Zeiten durchgeführt, Europa war gezeichnet von der Wirtschafts- und Finanzkrise, die öffentliche Investitionen einschränkte, sodass die Mittel der Kohäsionspolitik einen noch höheren Stellenwert für Wachstum und Arbeitsplatzschaffung einnahmen.

Im genannten Zeitraum wurden 346,5 Mrd. EUR investiert, um die Ungleichheiten zwischen Regionen zu verringern und eine ausgewogene und nachhaltige Entwicklung zu fördern. Nachstehend lesen Sie die neun wichtigsten Ergebnisse eines Gutachtens unabhängiger Sachverständiger über den Finanzierungszeitraum 2007-2013.

## 1. ALLE EU-LÄNDER PROFITIEREN

Über die direkten und/oder indirekten Auswirkungen der Investitionen (z. B. stärkerer Handel) profitieren alle Regionen und Länder der EU von der Kohäsionspolitik. Es wird geschätzt, dass für jeweils einen in diesem Zeitraum investierten EUR bis 2023 2,74 EUR zusätzliches BIP erwirtschaftet wird. Damit erwirtschafteten die im Zeitraum von 2007 bis 2013 getätigten Investitionen in Höhe von 346,5 Milliarden EUR bis 2023 eine Rendite von fast 1 Billion EUR zusätzlichem BIP.

Die Kohäsionspolitik trug zur Schaffung von einem Drittel der von 2007 bis 2013 eine Million neu geschaffenen Arbeitsplätze in der EU in diesem Zeitraum bei.



## 2. KMU ERHALTEN DIE UNTERSTÜTZUNG, DIE SIE BENÖTIGEN

Die Kohäsionspolitik ist eine wesentliche Säule der Beschäftigungs- und Wachstumsagenda der EU. Die EU-Förderung half z. B. Start-ups und KMU, eine Geschäftsaufgabe in diesem Zeitraum zu verhindern. Etwa 121 400 Unternehmensgründungen sowie schätzungsweise 400 000 KMU wurden finanziell unterstützt.

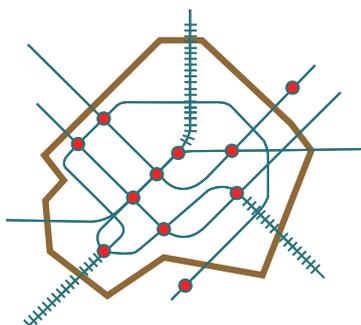


## 3. FINANZMITTEL STEHEN FÜR UNTERNEHMEN BEREIT

Das Gutachten stellte fest, dass EU-Mittel für Finanzinstrumente eine wichtige Rolle spielten, da sie KMU während der durch die Wirtschaftskrise bedingten Kreditkrise Mittel bereitstellten – und dadurch viele Unternehmen vor der Geschäftsaufgabe bewahrten. Die EU-Mittel für Finanzinstrumente sind in dem Zeitraum von 1 Milliarde EUR zwischen 2000 und 2006 auf 11,5 Milliarden EUR gestiegen, die zwischen 2007 und 2013 durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zugeteilt wurden.



## 4. ERWEITERUNG UND VERBESSERUNG DER VERKEHRSNETZE UND DER MOBILITÄT



Die EU-Mittel haben zur Beseitigung von Verkehrsengpässen und Verringerung der Fahrtzeiten beigetragen. Die Investitionen haben den Bau von 4900 km an Straßen (vorwiegend Autobahnen) ermöglicht, von denen 2400 km als Teil der transeuropäischen Verkehrsnetze eingestuft sind. Diese Verkehrsnetze, die von der EU als Kernnetzkorridore ermittelt wurden, verbinden Länder miteinander und fördern Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Mit den Mitteln der Kohäsionspolitik wurde zudem der Bau bzw. die Modernisierung von 1500 km des transeuropäischen Eisenbahnnetzes finanziert und die Entwicklung nachhaltiger öffentlicher Verkehrsmittel unterstützt.



## 5. UMWELTSCHUTZ UND UNTERSTÜTZUNG BEI DER BEKÄMPFUNG DES KLIMAWANDELS

Die Mittel der Kohäsionspolitik in diesem Finanzierungszeitraum haben bessere Abfallbewirtschaftungsstrategien unterstützt, die zu einem erheblichen Anstieg des Anteils von recyceltem Abfall sowie zur Schließung von Deponien geführt haben, die nicht die EU-Normen erfüllen.

Energieeffizienzmaßnahmen in öffentlichen Gebäuden haben den Verbrauch von fossilen Brennstoffen beträchtlich reduziert und halfen bei der Senkung der Energiekosten und der Bekämpfung der globalen Erwärmung.

Investitionen der Kohäsionspolitik in die Infrastruktur ermöglichten 6 Millionen Menschen den Zugang zu einer neuen oder verbesserten Versorgung mit sauberem Trinkwasser und 7 Millionen Menschen den Zugang zu neuen oder verbesserten Abwasseraufbereitungsanlagen.



## 6. STÄRKUNG VON KULTUR UND TOURISMUS

Das Gutachten der Sachverständigen stellte fest, dass EU-Investitionen beim Wiederaufbau von Kulturstätten und Tourismusstandorten halfen. Die dadurch erhöhte Besucherzahl kurbelte die nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und Schaffung von Arbeitsplätzen in den betreffenden Regionen an. Damit unterstützten die Investitionen die lokale Erneuerung, förderten die wirtschaftliche Diversifizierung und Innovation und stärkten die Wettbewerbsfähigkeit.

## 7. VERBESSERUNG DER LEBENSQUALITÄT IN STÄDTEN



Die Mittel aus dem EFRE für Stadtentwicklung und soziale Infrastruktur beliefen sich im Zeitraum 2007 bis 2013 auf 29 Milliarden EUR, etwa 11 % des Programmhaushalts.

Etwa 4 % gingen an Stadtentwicklungsinitiativen, die u. a. Finanzmittel für benachteiligte Gebiete und die Unterstützung für Wirtschaftswachstum, Kulturerbe und Strategieentwicklung vorsahen.

Etwa 7 % wurden der sozialen Infrastruktur zugewiesen und in Gesundheit und Bildung investiert. Dies führte gemäß Bericht zu einem besseren Zugang zu Bildungsangeboten und Dienstleistungen im Bereich des lebenslangen Lernens in Kombination mit Arbeitsvermittlungsdiensten.

## 8. ERMUTIGUNG DER LÄNDER, GEMEINSAME HERAUSFORDERUNGEN GEMEINSCHAFTLICH ANZUGEHEN

Dank EU-Mitteln für grenzüberschreitende Programme im Zeitraum 2007-2013 entstanden mehr als 800 Projekte, unter anderem Maßnahmen zur

- > Schaffung und Erweiterung von Wirtschaftsklustern
  - > Entwicklung von Exzellenzzentren, Hochschul- und Bildungszentren sowie Kooperationsnetzen zwischen Forschungszentren
  - > Einrichtung grenzübergreifender Beratungsdienste für Unternehmen und Unternehmensgründungen.
- Rund 1300 Umweltprojekte setzten ihren Schwerpunkt auf die gemeinsame Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen wie Meeresbecken und Flusseinzugsgebiete.

Die Finanzmittel unterstützten auch Grenzgebiete bei der Bekämpfung von Naturrisiken, der Bewältigung des Klimawandels, die Erhaltung der biologischen Vielfalt und der Einrichtung von Initiativen zur Entwicklung erneuerbarer Energien.



## 9. NUTZUNG DER GEWONNENEN ERKENNTNISSE

Die Finanzierungsprogramme für den Zeitraum 2014-2020 wurden ergebnisorientierter gestaltet, da die Programme zwischen 2007 und 2013 den Schwerpunkt nicht immer ausreichend auf die Ergebnisse legten. Die EU hat gemäß den Empfehlungen des Gutachtens unabhängiger Sachverständiger Änderungen an der Mittelzuweisung aus der Kohäsionspolitik vorgenommen, u. a.:

Die Programme müssen konkretere Ziele und klare Zielvorgaben haben; Die Programmumsetzung wird genau überwacht, um sicherzustellen, dass sorgfältig definierte Ziele erreicht werden;

- > Die Programme müssen regelmäßig über ihre Ergebnisse und Leistungen Bericht erstatten;
- > Um eine Durchführung der Programme von höchster Qualität zu gewährleisten, ist die Freigabe der leistungsgebundenen Reserve an einen Leistungsrahmen gekoppelt;
- > Der Schwerpunkt der Investitionen liegt auf zentralen Themen;
- > Der breitere Einsatz von Finanzinstrumenten wird aktiver vorangetrieben.

## MEHR DAZU

Länderspezifische Informationsblätter:

[europa.eu/!pj83Bu](http://europa.eu/!pj83Bu) →





# EWRC 2016 bringt Regionen einander näher



Die 14. Ausgabe der Europäischen Woche der Regionen und Städte, die vom 10.-13. Oktober 2016 in der belgischen Hauptstadt Brüssel stattfand, begrüßte rund 5300 Teilnehmer in Workshops, Debatten, sozialen Veranstaltungen und Projektbesuchen. Ihr Schwerpunkt lag auf „Regionen und Städte für nachhaltiges und integratives Wachstum“.

Etwa 130 Veranstaltungen wurden gemeinsam mit der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung und 13 weiteren Generaldirektionen der Europäischen Kommission, dem Ausschuss der Regionen sowie 22 ausgewählten regionalen Partnerschaften, bestehend aus 187 Regionen und Städten, organisiert. In diesem Jahr gehörte auch der Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlaments, der sowohl zur Master-Klasse als auch zu den Medienprogrammen einen Beitrag leistete, zu den institutionellen Partnern.

Trotz der besonderen Herausforderungen, die Brüssel im Jahr 2016 bewältigen musste, bleibt der Ruf und die Bedeutung der EWRC als „angesagter Ort“ für die an der Regionalpolitik und ihrer Durchführung Beteiligten bestehen. ■

## ZAHLENSPIELEREI

- › Mehr als 4000 Teilnehmer (von insgesamt 5300) kamen aus über 30 Ländern
- › 600 hochrangige Redner vertraten nationale, regionale, lokale und EU-Verwaltungen
- › 170 Journalisten nahmen am Medienprogramm teil
- › 28 Doktoranden besuchten die Master-Klasse
- › 23 Finalisten aus 14 Mitgliedstaaten nahmen an der Preisverleihung des RegioStars-Awards teil (siehe Seite 20)
- › Mehr als die Hälfte der Teilnehmer an der EWRC waren Neulinge (56 %)
- › 5 interaktive Sitzungen umfassten einen ganzen Tag „Politiklabore für Verwaltungsbehörden“





## INTERAKTION IM KLASSENZIMMER

Die Master-Klasse zur EU-Kohäsionspolitik begrüßte 28 Doktoranden und junge Dozenten aus 17 EU-Mitgliedstaaten. Die interaktive Debatte konzentrierte sich auf die Förderung integrativen Wachstums und sozialer Kohäsion, einschließlich der territorialen Dimension und der Einbeziehung der städtischen und ländlichen Entwicklung; die Bedeutung der vernetzten Wirtschaft; sowie der Verbesserung des Durchführungssystems für die Kohäsionspolitik: Leistung, Vereinfachung und Verantwortlichkeit.

## STÄDTISCHE INSTRUMENTE UND BESTREBUNGEN

Während der politischen Veranstaltung zur Städteagenda für die EU, an der 400 Personen teilnahmen, stellten die Kommissare Crețu und Šefčovič die „zentrale Anlaufstelle für Städte“ vor, die ein neues Instrument für die Verwaltung der städtischen Bestrebungen zur Energiewende darstellt. Beim gleichzeitig stattfindenden REGI-COTER-Treffen gehörte die Orientierung der Kohäsionspolitik an Auswirkungen und Ergebnissen zu den vom Europäischen Parlament, der Kommission und den Vertretern des AdR diskutierten Themen.

## UNTERWEGS

Während der Woche zog der städtische Teilbereich durch 20 Workshops, besonders zu Themen im Zusammenhang mit innovativen städtischen Maßnahmen, viel Aufmerksamkeit auf sich. Die Besuche der von der EU kofinanzierten Projekte waren ebenfalls ein großer Erfolg: Port Sud, das das immaterielle Kulturerbe für nachhaltige Lebensqualität fördert; RECY-K, ein Recycling-Projekt; Greenbizz, ein Kompetenzzentrum für nachhaltige Entwicklung und ökologisches Unternehmertum; und die Landestreuhandstelle Brüssel, eine innovative Initiative für Wohnraum.

## KOHÄSIONSPOLITIK NIMMT ZENTRALE ROLLE EIN

Die Reichweite der EWRC bestätigte erneut ihre Bedeutung als interinstitutionelle Plattform für politische Kommunikation. Die Eröffnungssitzung – „Investitionen der Kohäsionspolitik in europäischen Regionen und Städten“ – der auch Kommissarin Crețu beiwohnte, fand im Plenarsaal des Europäischen Parlaments statt. Sie bot den politischen Fraktionen des AdR und den Teilnehmern der Veranstaltung eine wertvolle Gelegenheit, zur Kohäsionspolitik Stellung zu beziehen und in diesem Zusammenhang Fragen zu stellen.

## ALLES NACHLESEN!

Das Medienprogramm wurde mit einem runden Tisch für die Presse eröffnet, an dem Kommissarin Crețu und AdR-Präsident Markkula teilnahmen. Darauf folgten Pressesitzungen zu den Leistungen der Fonds in den EU-Mitgliedstaaten, die jüngsten Trends und Zahlen von Eurostat und der OECD zur regionalen Entwicklung, die Ex-Post-Evaluierung für den Zeitraum 2007–2013 sowie die wesentlichen Möglichkeiten der Kohäsionspolitik nach 2020. Fernsehdebatten wurden durch nationale Fernsehsender übertragen und 57 Journalisten nahmen am Projektbesuch in Molenbeek teil. Bis zum Ende der ersten Woche wurden in der Presse mehr als 40 Artikel veröffentlicht.

## EWRC 2016 IN DEN SOZIALEN MEDIEN

Der Hashtag #EUWRC wurde in nur einer Woche fast 12 000 Mal genutzt und hatte eine potenzielle Reichweite von mehr als 72 Millionen Menschen, die Beiträge mit dem Hashtag der Veranstaltung sehen und teilen konnten. Zwischen dem 10. und 14. Oktober wurde die EWRC-Website 26 657 mal besucht, davon waren mindestens 22 253 Einzelbesucher zu verzeichnen. Jeden Tag wurde auf der Website ein Tagesbericht veröffentlicht, der die wichtigsten Aktivitäten zusammenfasste und insgesamt 6 900 Seitenzugriffe erhielt. Ein am 18. Oktober auf Storify veröffentlichter Bericht wurden am ersten Tag 650 Mal aufgerufen. Erstmals in diesem Jahr wurde eine neue App für Mobiltelefone genutzt und von 2398 Teilnehmern heruntergeladen. Sie enthielt das Programm und Dokumente, umfasste Nachrichtenaustausch, Visitenkarten und Fotos sowie die Einrichtung von Besprechungen. ■

## MEHR DAZU:

<http://europa.eu/!tR89Fb>



# Regionale Sterne funkeln bei der Europäischen Woche der Regionen und Städte

Die Preisverleihung der RegioStars-Awards 2016 war einer der Höhepunkte der diesjährigen Europäischen Woche der Regionen und Städte. Fünf glückliche Gewinner, jeweils einer aus jeder Projektkategorie, erhielten ihre Auszeichnungen von EU-Kommissarin Corina Crețu und dem Präsidenten der RegioStars-Jury, MdEP Lambert Van Nistelrooij.

Dieses Jahr gingen 104 Bewerbungen für die fünf ausgezeichneten Kategorien ein:

INTELLIGENTES WACHSTUM: Neue Chancen in der globalen Wirtschaft

NACHHALTIGES WACHSTUM: Kreislaufwirtschaft

INTEGRATIVES WACHSTUM: Integriertes Leben – Aufbau von integrativen, in sich verbundenen Gemeinden

CITYSTAR: Innovative Lösungen für eine nachhaltige Stadtentwicklung

EFFEKTIVE VERWALTUNG DER FONDS: Durch neue Verwaltungsverfahren Veränderungen bewirken.

## Die Gewinner sind ...

1. **COPENHAGEN CLEANTECH CLUSTER:**  
Hauptstadtregion Dänemarks (EFRE)  
<http://cleancluster.dk/> – Intelligentes Wachstum
2. **CENTRO BIO: BIO-INDUSTRIEN, BIORAFFINERIEN UND BIOPRODUKTE:** Centro, Portugal (EFRE)  
<http://www.blc3.pt/> – Nachhaltiges Wachstum
3. **AKADEMIE FÜR SOZIALWIRTSCHAFT:**  
Woiwodschaft Kleinpolen, Polen (ESF)  
<http://www.rops.krakow.pl/> – Integratives Wachstum
4. **WIEDERBELEBUNG DES UNTEREN STADTTTEILS VON DANZIG:** Woiwodschaft Pommern, Polen (EFRE)  
<http://bit.ly/2be10Mm> – CityStar
5. **TRANSPARENZINITIATIVE „GLÜHWÜRMCHEN“ (LITAUISCH: JONVABALIAI):** Nationales Projekt, Litauen (ESF und technische Hilfe)  
<http://www.esinvesticijos.lt/> – Effektive Verwaltung
6. **CIRCULAR OCEAN:** (EFRE) – von den Teilnehmern an der Veranstaltung für den „Publikumspreis“ ausgewählt. ■



“Wir sind sehr stolz darauf, Unterstützung aus dem EFRE zu erhalten ... der Großraum Kopenhagen benötigte wirklich einen solchen Einsatz. Wir sind außerdem stolz, dass jemand unsere Vision geteilt hat und an die grüne Neugestaltung der Gesellschaft geglaubt hat.”

Carsten Orth Gaarn-Larsen, Vorsitzender Clean

“ Die wichtigste Eigenschaft des Projekts, die seine Nachhaltigkeit gewährleisten konnte, ist die echte Reaktion auf Probleme der regionalen Bevölkerung vor Ort. ”

Ana Abrunbosa, Präsidentin der Kommission für Koordinierung und regionale Entwicklung  
Region Centro, Portugal



“ Ich bin sehr stolz und möchte meinen Kollegen danken, die das beste Team der Welt sind! Ich möchte außerdem meinen Bürgern danken – sie sind sehr glücklich, weil Danzig eine Stadt der Freiheit und Solidarität geworden ist und jeden Tag durchgehend Zusammenhalt ausstrahlt. ”

Paweł Adamowicz, Bürgermeister von Danzig

“ „Glowwürmchen“ ist eine Gemeinschaft von tausenden von Menschen, die daran glaubt, dass sie mehr Informationen veröffentlichen und den Menschen zeigen kann, dass Transparenz einfach ist – genau wie Zähne putzen ... ”

Sergej Muravjov – Geschäftsführer von Transparency International Lithuania



“ Es ist wichtig, unseren Gründern Interreg und den nördlichen Randgebieten und der arktischen Region zu danken, da sie nicht nur in das Projekt, sondern auch in die Menschen investiert haben. Es ist wirklich entscheidend, die richtigen Menschen zu haben und regionenübergreifend zusammenzuarbeiten – so ist Erfolg möglich. ”

Neil James, Circular Ocean, Projektleiter

“ Wir haben bewiesen, dass wir Geschäfts- und soziale Aktivitäten miteinander verknüpfen können. Wichtiger ist aber, dass unser Produkt dazu beigetragen hat, dass viele ausgeschlossene Menschen einen Arbeitsplatz bekommen. Am wichtigsten ist, dass wir ein System erschaffen haben, das andere in Polen inspiriert hat. ”

Jacek Krupa, Marschall der Woiwodschaft Kleinpolen



#### MEHR DAZU

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/en/regio-stars-awards/](http://ec.europa.eu/regional_policy/en/regio-stars-awards/)

**PANORAMA**  
freut sich auf Ihre  
Beiträge!

„Mit eigenen Worten“ ist die Rubrik von *Panorama*, in der lokale, regionale, nationale und europäische Interessenvertreter ihre Meinung kundtun und ihre Pläne für den Zeitraum 2014-2020 beschreiben können.

*Panorama* freut sich auf Ihre Beiträge in eigener Sprache, die eventuell in künftigen Ausgaben erscheinen werden. Setzen Sie sich mit uns in Verbindung, um weitere Informationen über Abgabefristen und Richtlinien für Ihren Beitrag zu erhalten. [regio-panorama@ec.europa.eu](mailto:regio-panorama@ec.europa.eu)

## RUMÄNIEN UND DIE NIEDERLANDE: RIS3-ZUSAMMENARBEIT IN DER PRAXIS

**Vor einem Jahr begannen Nordost-Rumänien und der Norden der Niederlande ein Kooperationsprogramm, das sich auf die Grundsätze der intelligenten Spezialisierung stützt. Gemeinsam schaffen die Regionen Innovationsumgebungen, in denen das Wissen und die Bemühungen beider Länder bei der Entwicklung von Lösungen für soziale Herausforderungen eingesetzt werden.**

**S**o unterschiedlich Nordost-Rumänien und der Norden der Niederlande auch sein mögen – unsere Regionen stehen vor derselben Frage: Wie können wir das Wissen unserer Universitäten und das Potenzial unserer Unternehmen besser nutzen, um sinnvolle Innovationen zu entwickeln, die das Wohlergehen der Bürger verbessern?

Diese Frage hat uns – die Regionale Entwicklungsagentur von Nordost-Rumänien (ADR) und den Verbund der nordniederländischen Provinzen (SNN) – zusammengebracht. Einander zugeordnet hat uns die Online-Datenbank Eye@RIS3, die angibt, welchen Themen bestimmte Regionen im Rahmen ihrer Strategie für intelligente Spezialisierung Priorität beimessen.

Anfang 2015 riefen wir mit der großzügigen Unterstützung des Programms „TAIEX REGIO PEER 2 PEER“ der Europäischen

Kommission eine gemeinsame Initiative ins Leben. Wir einigten uns recht schnell darauf, dass wir einen Ansatz verfolgen wollten, der sich von der üblichen Vorgehensweise unterschied. Wir entschieden uns für eine Zusammenarbeit, in deren Zentrum die Grundsätze der intelligenten Spezialisierung standen, die jedoch auch einen Bezug zu den großen sozialen Herausforderungen unserer Regionen hatte. Immerhin wollten wir genau für diese Probleme Lösungen finden.

Wir verfolgen einen programmatischen Ansatz. Gemeinsam mit Wissenseinrichtungen, Unternehmen und Organisationen der Zivilgesellschaft nahmen wir die Probleme in einem bestimmten Bereich systematisch unter die Lupe und prüften, wer bei der Lösungsfindung helfen könnte und wie die beteiligten Parteien diese Lösung gemeinsam umsetzen könnten. Wesentlich für unseren Ansatz ist, dass wir im Zusammenhang mit einer bestimmten sozialen Herausforderung eine Reihe von Maßnahmen gleichzeitig durchführen. Dies sorgt für eine kritische Masse und setzt einen tatsächlichen Veränderungsprozess in Gang.

Im Verlauf des vergangenen Jahres haben wir mehr als 700 Parteien in diese unternehmerische Entdeckungsreise einbezogen. Ein breites Spektrum von Interessenträgern aus beiden Regionen hat sich zusammengeschlossen und diverse Unterprojekte eingerichtet, um Lösungen für Herausforderungen zu finden. Unser Ziel ist es nun, in verschiedenen Bereichen „Living Labs“ zu schaffen, die Parteien aus beiden



Ländern strukturell miteinander verbinden, damit sie sich an Wertschöpfungsketten beteiligen können. Wir bauen außerdem Strukturen auf, die den Innovationsumgebungen ermöglichen sollen, sich selbst zu organisieren. Damit soll die Rolle von ADR und SNN als Vermittler und Simulator immer weiter in den Hintergrund treten.

Auf diese Weise eröffnete sich uns der Kern dessen, was mit einer RIS-Zusammenarbeit erreicht werden kann: die gemeinsame Lösung von sozialen Problemen ausgehend von einem programmatischen Ansatz. Wir sind überzeugt, dass diese Zusammenarbeit unseren Regionen helfen wird, Fortschritte zu machen. Zudem haben wir festgestellt, dass man sich in ganz Europa und bei der Europäischen Kommission für unsere Ideen begeistert. Es bestehen zahlreiche Möglichkeiten, die von uns geschaffenen Verbindungen mit anderen Regionen zu erweitern.

Unser Ziel besteht darin, eine große Gruppe von Regionen zu schaffen, in der Unternehmen, Wissenseinrichtungen und Organisationen der Zivilgesellschaft gemeinsam sinnvolle Innovationen zur Beschleunigung der regionalen Entwicklung und zur Stärkung des Zusammenhalts entwickeln können. ■

#### **GABRIELA MACOVEIU**

*Direktorin der Abteilung für Kommunikation, Zusammenarbeit und Geschäftsentwicklung, ADR Nordost-Rumänien*

#### **LUC HULSMAN**

*Programm-Manager, Verbund der nordniederländischen Provinzen*

## KLUGER SCHACHZUG IN DER TOSKANA

**Die Toskana hat die Verbesserung ihrer Innovationsleistung und die Stärkung ihres Technologietransfersystems zur Priorität erklärt, um die Ziele der Strategie Europa 2020 zu erreichen.**

Der Ansatz, der mit dem Programm des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für 2007-2013 begann, zielt derzeit auf Technologiecluster und Investitionen in Forschung, Entwicklung und Innovation. Die anfängliche Finanzierung in Höhe von 640 Millionen EUR in Innovation und F&E wurde aufrechterhalten und im Rahmen der regionalen Strategie für intelligente Spezialisierung durch drei Technologien ausgebaut: IKT und Fotonik, intelligente Fabriken, Chemikalien und Nanotechnologien.

Dabei handelt es sich um strategische Technologien in wachstumsstarken Sektoren – zum Beispiel Biowissenschaften, Robotik und Mechatronik – die allerdings auch wichtige Anwendungen in eher traditionellen Sektoren wie Mode, Gewinnung von Naturstein, Marine und Eisenbahn haben. Dank diesem Umstand und dank Vertretern großer Unternehmen und von KMU, die für die Zusammenarbeit in der Forschungswelt gerüstet waren, haben diese Technologien es geschafft, den Begriff „Hergestellt in der Toskana“ weltberühmt zu machen.



Das operationelle Programm des EFRE 2014-2020 für die Toskana, das im Februar 2015 genehmigt wurde und einen Finanzbeitrag von 792 Millionen EUR beinhaltet, wendet 35 % seiner Mittel (275,1 Millionen EUR) für Prioritätsachse 1 (Forschung, Entwicklung und Technologietransfer) auf. Damit wurden bereits 474 Projekte mit Finanzhilfen in Höhe von 56,6 Millionen EUR und aktiven Investitionen in Höhe von 143 Millionen EUR finanziert (Stand 30. Juni 2016).

Gegenstand dieser Projekte sind u. a. Industrieforschung und experimentelle Entwicklung, Unterstützung von Start-ups und spezialisierten Diensten sowie die Stärkung des Technologietransfersystems. Die Projekte decken Bereiche von der Unterstützung der Infrastruktur bis hin zur Zusammenarbeit mit Universitäten und Forschungszentren ab.

In diesem Sinne kann man von einem strategischen Ansatz sprechen, den der Regionalrat verfolgt. Nach dem Beginn des EFRE-Programms 2014-2020 veröffentlichte er seine ersten drei Bekanntmachungen im Juli 2014 für die Bereiche F&E und Innovation und berücksichtigte dadurch bereits die Finanzmittel im Zusammenhang mit den ESI-Fonds, um die im vorangehenden Programm begonnenen Investitionen optimal weiterzuführen. Dieser Entschluss steht beispielhaft für die Vorgehensweise der Toskana, die sich auf Wachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen durch Innovation richtet. ■

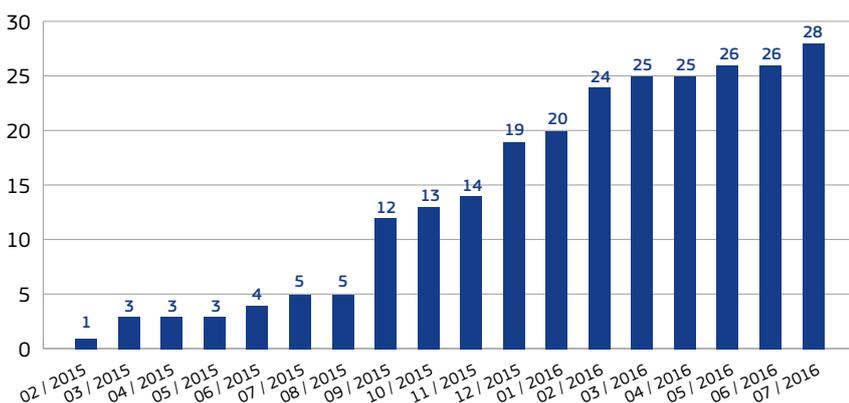
#### **ANGELITA LUCIANI**

*EFRE-Verwaltungsbehörde, Toskana*

# AKADEMISCHES UNTERNEHMERTUM IN DER WOIWODSCHAFT KUJAWIEN-POMMERN

**Nach traditioneller Auffassung in Akademikerkreisen sollten sich Wissenschaftler auf die Forschung konzentrieren und mit Studenten zusammenarbeiten, um ihnen Wissen zu vermitteln. In Verbindung mit zahlreichen Herausforderungen wie etwa organisatorischen und finanziellen Hindernissen hemmen solche vorgefassten Meinungen die wirksame wirtschaftliche Verwertung von Ergebnissen der Universitätsforschung.**

## **Zahl der am Centrum Transferu Technologii UMK Sp. z o.o. gegründeten Spin-off-Unternehmen**



Forschungsinstitute, lokale und nationale Regierungen und Organisationen aus dem geschäftlichen Umfeld bemühen sich um die Förderung von Prozessen, die die kommerzielle Anwendung wissenschaftlicher Forschung unterstützen. Effektive Programme in diesem Bereich kommen nicht nur den Forschungsinstituten zugute, sondern fördern auch Innovationen in der Wirtschaft. Das gesamte Gebiet des akademischen Unternehmertums deckt die Kommerzialisierung akademischer Forschung, die Unterstützung von aus wirtschaftlicher Perspektive vielversprechenden Forschungsarbeiten und insbesondere die Gründung von Spin-off- und Spin-out-Unternehmen (die von Forschern gegründet und von der Mutteruniversität gefördert werden) sowie Zweckgesellschaften.

Die lokale Regierung der Woiwodschaft Kujawien-Pommern ist eine der wenigen ihresgleichen, die die Unterstützung des akademischen Unternehmertums in ihr operationelles Programm aufgenommen hat, insbesondere im Rahmen von Aktion 1.3 und Unteraktion 1.5.3 im regionalen operationellen Programm für die Woiwodschaft Kujawien-Pommern für den Zeitraum 2014-2020.

Das Programm stellt 16 Millionen EUR für Projekte zur Entwicklung des akademischen Unternehmertums bereit. Ziel ist es, die Zahl der Spin-off- und Spin-out-Unternehmen zu erhöhen, die Forschung und Entwicklung in Unternehmen zu fördern und die Wettbewerbsfähigkeit regionaler Universitäten zu verbessern und ihre Beteiligung an der Umsetzung des regionalen Programms für intelligente Spezialisierung zu stärken.

In den vergangenen zwei Jahren hat die lokale Regierung von Kujawien-Pommern mit Universitäten und Organisationen aus der Geschäftswelt der Region Vereinbarungen unterzeichnet, durch die akademische Geschäftstätigkeiten gefördert werden sollen. Zu diesen Universitäten zählt die Nikolaus-Kopernikus-Universität, die ein umfassendes System aus Unterstützungsprogrammen für das akademische Unternehmertum vorzuweisen hat. Eines davon ist die Akademische Innovationsplattform, ein Portal zur Verbreitung von Fachwissen im Bereich Innovationsentwicklung und entsprechender Aktionen in der akademischen Gemeinschaft.

Eine weitere entscheidende Schnittstelle ist das Akademische Gründerzentrum, das Studenten und Mitarbeitern der Nikolaus-Kopernikus-Universität Schulungen und Beratung zur Unternehmensgründung bietet. Das wichtigste

Unternehmen, das derzeit das akademische Unternehmertum an dieser Universität unterstützt, ist Centrum Transferu Technologii UMK sp. z o.o. Diese Zweckgesellschaft wurde im Jahr 2014 mit nationaler Unterstützung und EU-Mitteln (im Rahmen des SPIN-TECH-Programms des nationalen Forschungs- und Entwicklungszentrums) gegründet und verfolgt das Ziel, Forschungsergebnisse kommerziell zu nutzen. Seit 2015 fördert es die Gründung von Spin-off-Unternehmen an der größten Universität der Region – bis Mitte 2016 entstanden mehr als 25 dieser Spin-offs.

Im Rahmen derselben Vereinbarungen floriert das akademische Unternehmertum auch an anderen Universitäten in der Region Kujawien-Pommern, u. a. an der Kazimierz-Wielki-Universität und der Universität für Technologie und Biowissenschaften in Bydgoszcz. ■

**WISSENSCHAFTS- UND INNOVATIONSAGENDA**  
*(Agenda Nauki i Innowacyjności) – Woiwodschaft Kujawien-Pommern*

## MIT DER KAMERA EINGEFANGEN

# Kommunikation steht in den Regionen an erster Stelle

Wie kann die Kommunikation über den Wert der EU weniger komplex gestaltet, den Menschen nähergebracht und attraktiver werden? Eine Antwort hierauf ist die Einbeziehung der Bürger. Genau das macht die Kampagne „Europa in meiner Region“: Sie ermutigt Bürger, EU-finanzierte Projekte in ihrer Nähe zu entdecken, sie zu fotografieren (um am Fotowettbewerb teilzunehmen) und über sie zu schreiben (um am Blog-Wettbewerb teilzunehmen).

Insgesamt 837 Fotos von EU-finanzierten Projekten wurde bei der fünften Ausgabe des Fotowettbewerbs „Europa in meiner Region“ eingereicht. Eine Jury bestehend aus zwei Fotografen und einem Experten im Bereich soziale Medien hat die drei gemeinsamen Gewinner gekürt: Diellza Balaj aus dem Kosovo, Carlo Deviti aus Italien und Saara Olkkonen aus Finnland.

„Ich habe auf Facebook vom Fotowettbewerb erfahren. Anschließend besuchte ich die Website der Europäischen Kommission und das italienische Webportal für EU-Mittel, um herauszufinden, welche Projekte an meinem Wohnort finanziert werden. Ich ging hinaus, habe ein paar Bilder gemacht und überraschend den Wettbewerb gewonnen“, schilderte Carlo Deviti.

Daraufhin wurde er gemeinsam mit den anderen Gewinnern nach Brüssel eingeladen, um an einem Foto-Workshop teilzunehmen und der Verleihungszeremonie während der Europäischen Woche der Regionen und Städte beizuwohnen. „Es war eine großartige Erfahrung, bei dieser Veranstaltung Menschen aus ganz Europa kennenzulernen“, sagte Carlo.

## Die richtigen Worte finden

Weitere Teilnehmer waren die Gewinner des Blog-Wettbewerbs „Europa in meiner Region“. Blogger in ganz Europa wurden aufgefordert, über EU-finanzierte Projekte zu schreiben. Die Blog-Einträge wurden dann übersetzt, auf der Euractiv-Website neu veröffentlicht und in den sozialen Medien geteilt.

Eine Fachjury aus Journalisten hat die drei siegreichen Blog-Einträge ausgewählt: Den ersten Platz sicherte sich der polnische Öko-Blogger Janusz Mizerny mit „Erdgas-Busse sind die umweltfreundliche Lösung für Städte“. Die beiden anderen Gewinner lagen knapp dahinter: Clarissa Hirst (Schweden): „Mit Russland im Sandkasten der Ostsee spielen: Herausforderungen und Chancen“ und Andrea González González (Spanien): Der Naturpark Cabárceno, eine der ersten durch Europäische Fonds finanzierten Maßnahmen in Kantabrien!

Clarissa schrieb in einem Blog-Beitrag Folgendes über den Wettbewerb: „Kommunikationsteams in Brüssel können Statistiken und Informationen veröffentlichen, doch es sind die Menschen, die in den europäischen Regionen leben, arbeiten, ausgehen, trainieren, einkaufen gehen und reisen und die vermitteln können, was dort passiert.“

Um der ganzen Kampagne noch eine spielerische Komponente zu geben, wurde schließlich eine Schatzsuche veranstaltet. Die Schatzsucher hatten die Aufgabe, beim Besuch der Projekte ein verstecktes Poster zu finden, einen rätselhaften Satz zu entschlüsseln und dann online eine abschließende Frage zu beantworten. Unter den knapp 500 Teilnehmern war Elinne Mertens aus Belgien die erste, die die richtige Antwort gab – nur 1 Minute und 26 Sekunden, nachdem die Frage online veröffentlicht worden war! Elinne gewann eine Reise nach Wien, wo sie ein durch die EU kofinanziertes Projekt besuchen wird. ■

## MEHR DAZU

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/en/policy/communication/inform-network/euimr\\_campaign/](http://ec.europa.eu/regional_policy/en/policy/communication/inform-network/euimr_campaign/)



Photo Competition 2016



Europe in my Region





f EUinmyRegion  
#EUinmyRegion  
ec.europa.eu/info/region



# Grand Est, Frankreich: Diversität im Herzen Europas



◀ *Philippe Richert, Präsident des Regionalrats von Grand Est, begrüßt Kommissarin Crețu während ihres Besuchs in Straßburg*

**Im Herzen Europas ist eine neue Region entstanden. Die aus der Fusion von Elsass, Lothringen und Champagne-Ardenne im Jahr 2016 geschaffene Region Grand Est hat eine strategisch wichtige Lage im Nordosten Frankreichs und erfreut sich einer unvergleichlichen geografischen und wirtschaftlichen Vielfalt.**

**G**rand Est ist die einzige Region Frankreichs, die an vier Länder (Belgien, Luxemburg, Deutschland und die Schweiz) grenzt, mit denen sie historisch, kulturell und wirtschaftlich eng verbunden ist. Die europäische Kohäsionspolitik hat wesentlich dazu beigetragen, die grenzübergreifenden Verbindungen für die 5,5 Millionen Einwohner und für Hunderttausende kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) in Grand Est zu unterstützen und Beschäftigung, Innovation und Unternehmenswachstum in einer Vielzahl von Sektoren in der Region zu stärken.

Das Elsass hat bei der Verwaltung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung Pionierarbeit geleistet: Im Rahmen eines Pilotprogramms im Jahr 2003 wurde die Region die erste französische Verwaltungsbehörde für den EFRE.

Philippe Richert, der Präsident von Grand Est (siehe nachstehendes Interview), weist darauf hin, dass der Erfolg des im Elsass durchgeführten Pilotprogramms seit 2014 dazu geführt hat, dass mehr regionale Verwaltungsbehörden mit der Verwaltung der

Durchführung kohäsionspolitischer Programmen betraut werden. Dies sei entscheidend für die Förderung der Entwicklung von Wirtschaft und Beschäftigung in ganz Europa.

In Straßburg, das nicht mehr nur ein Sitz des Europäischen Parlaments, sondern nun auch die Hauptstadt von Grand Est ist, beaufsichtigt die regionale Verwaltungsbehörde weiterhin die Mittel der Kohäsionspolitik für die gesamte Region. Die Aufgabe der Behörde besteht in der Verwaltung eines Haushalt von 773 Millionen EUR aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und dem Europäischen Sozialfonds (ESF) für den Zeitraum 2014-2020, der durch eine zusätzliche nationale und regionale Kofinanzierung ergänzt wird.

## **Finanzielle Unterstützung**

Der Auftrag der Verwaltungsbehörde umfasst die fortgesetzte Unterstützung für bereits begonnene Projekte im Elsass, in Champagne-Ardenne und in Lothringen sowie die Beaufsichtigung neuer Initiativen zur Förderung der anhaltenden Entwicklung der neuen, größeren Region Grand Est. Die kürzlich in Frankreich umgesetzte Gebietsreform hat die Gesamtzahl der Regionen im Land von 27 auf 18 gesenkt.

Die Fusion von Elsass, Champagne-Ardenne und Lothringen vereint Gebiete mit sehr unterschiedlichen sozioökonomischen Profilen, was in Bezug auf die Erreichung von regionalen Entwicklungszielen sowohl Vorteile als auch Herausforderungen mit sich bringt. Während das Elsass und Champagne-Ardenne zu den stärker entwickelten Regionen der EU zählten und im Programmplanungszeitraum 2007-2013 EFRE-Mittel in Höhe von 75 Millionen EUR bzw. 185 Millionen EUR erhielten, galt Lothringen als Übergangsregion und erhielt 329 Millionen EUR als Unterstützung durch den EFRE.

Die nun als Grand Est zusammengeschlossenen Regionen werden in den kommenden Jahren weiterhin EU-Mittel in erheblicher Höhe erhalten. Damit wird nicht nur der vielgestaltigen sozioökonomischen Zusammensetzung der vergrößerten Region und dem dort stattfindenden anhaltenden industriellen Wandel Rechnung getragen, sondern insbesondere ihrer internationalen Offenheit und strategischen Lage für den grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehr und den Austausch von Fachwissen.



## 1 Grenze mit 4 europäischen Ländern

Entsprechend gehören zu den wichtigsten Prioritäten der EFRE- und ESF-Finanzierung in Grand Est die Unterstützung von Exporteuren, insbesondere KMU, die über 90 % der mehr als 330 000 Unternehmen in der Region ausmachen, die Stärkung von Bildung, Forschung und Innovation durch Strategien für intelligente Spezialisierung mit dem Ziel der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sowie der Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft, um die Energieeffizienz zu verbessern und die große Artenvielfalt der Region zu schützen.

Dank der Mischung aus Maschinen-, Metallurgie- und Automobilindustrie, Pharma- und Chemieunternehmen und der großen Agrarindustrie ist Grand Est die zweitgrößte Exportregion in Frankreich nach Île-de-France und die größte in Bezug auf ihre Pro-Kopf-Exportzahlen.

Da mehr als 80 % der 57 800 Quadratkilometer der neuen Region der Land- und Forstwirtschaft gewidmet sind, ist sie ein führender landwirtschaftlicher Erzeuger und weltweit für Produkte wie den Champagner bekannt. Sie wird zudem immer mehr zu einem wichtigen Lieferanten für erneuerbare Energien aus Biomasse und Biokraftstoffen zusätzlich zu Wind- und Wasserkraft.

Eine relativ junge Bevölkerung, angesehene Bildungseinrichtungen wie die Universitäten von Straßburg und Reims sowie ein wachsender Forschungs- und Innovationssektor tragen zusätzlich zur Diversität, zur Dynamik und zum Potenzial von Grand Est bei.

Durch den EFRE unterstützte Initiativen wie das Molekularforschungsprojekt FILODIM in Lothringen und die Errichtung des European Aseptic and Sterile Environment Training Centre (siehe Kästen) fördern den Übergang von Grand Est zu einer innovatorientierten Wirtschaft und bauen auf der bestehenden Spitzenposition der Region in wissenschaftlichen und technologischen Schlüsselbereichen auf.

Andere EU-finanzierte Projekte wie die Erweiterung eines Gründerzentrums in Saint-Dizier in Champagne-Ardenne bieten Unterstützung für Unternehmer und fördern Unternehmensgründungen, schaffen neue wirtschaftliche Möglichkeiten für lokale Unternehmen und erhöhen die Attraktivität der Region für Investitionen aus dem Ausland.



## EASE STRASSBURG: INTENSIVE SCHULUNGEN

Ab seiner Eröffnung 2017 bietet das European Aseptic and Sterile Environment Training Centre (EASE, europäisches Schulungszentrum für aseptische und sterile Umgebungen) an der Universität von Straßburg den Studenten neue allgemeine und berufliche Bildungsmöglichkeiten und wird damit die Gesundheits-, Chemie- und Agrarlebensmittelindustrie von Grand Est fördern.

Das EASE-Zentrum, das durch den EFRE und das nationale Programme d'Investissements d'Avenir in Frankreich unterstützt wird, ist als Einrichtung für intensive Schulungen angelegt, die als authentische, durch und für Hersteller entwickelte Fabrik betrieben wird. Unter realen Arbeitsbedingungen erwerben Studenten konkrete Fähigkeiten wie z. B. gute Herstellungspraktiken und fundierte Kenntnisse über Prozesse, Techniken und Auflagen im Zusammenhang mit Reinraumarbeiten. Das Zentrum soll in erster Linie die gesundheitsbezogenen Industrien in der Region Grand Est fördern und bietet außerdem Bildungsmöglichkeiten für die Chemie- und Agrarlebensmittelindustrie.

Auf einer Fläche von 4500 Quadratkilometern werden im EASE-Zentrum verschiedene kurz- und langfristige Kurse für Studenten angeboten, u. a. Erstausbildungen mit rund 1000 Plätzen jährlich, längere Schulungsprogramme für 2500 Studenten und Umschulungskurse für 500 Studenten. Das Projekt umfasst den Bau eines Wohnheims für Studenten, die an Praktikumsprogrammen teilnehmen.

**GESAMTKOSTEN: 16,3 MILLIONEN EUR**  
**EU-BEITRAG: 3,3 MILLIONEN EUR**

<https://www.unistra.fr/index.php?id=18114>

## Interreg: grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Angesichts der strategischen Lage von Grand Est fällt der Anteil des Handels der Region mit anderen EU-Ländern und der Schweiz höher aus als der jeder anderen französischen Festlandregion, und die lokale Industrie profitiert von 159 000 Grenzgängern aus den Nachbarländern. Im Jahr 2014 machten die Exporte aus Grand Est 13,6 % der französischen Exporte insgesamt aus, davon gingen 75 % an Handelspartner in der EU.

Grand Est nimmt an drei durch den EFRE unterstützten grenzüberschreitenden Interreg-Programmen teil, die regionale und lokale Behörden beim Ideen- und Erfahrungsaustausch im Bereich der öffentlichen Verwaltung in der Praxis unterstützen, den sozialen und wirtschaftlichen Austausch aufbauen und politische Strategien für Bürger und Gemeinden verbessern.



### SAINT-DIZIER: ERWEITERUNG EINES GRÜNDERZENTRUMS

Die Stadt Saint-Dizier in Champagne-Ardenne öffnete die Türen ihres ersten Gründerzentrums im Jahr 2013 in einem Teil eines ehemaligen Schulgebäudes in einem Gebiet, das städtebaulich saniert werden sollte. Der Erfolg des Gründerzentrums stellte sich umgehend ein und übertraf die Erwartungen der Behörden der örtlichen Gemeinde: Die Belegungsrate liegt bei über 90 % und zahlreiche Unternehmer und Studenten schöpfen die Möglichkeiten des Gebäudes aus.

In der Folge wird Pépinière d'entreprises de Saint-Dizier nun dank der Unterstützung des EFRE erweitert. Das gesamte Gebäude wird in eine Fläche umgewandelt, die auf die Anforderungen des Gründerzentrums zugeschnitten ist – das bedeutet mehr Raum für Unternehmer und Start-up-Unternehmen, verbesserte gemeinsame Logistikeinrichtungen und einen besseren Zugang zu institutioneller und finanzieller Förderung.

**GESAMTKOSTEN: 593 400 EUR**  
**EU-BEITRAG: 219 400 EUR**

<http://www.saint-dizier.fr/vie-economique/accompagnement-et-demarches/espace-createurs-d-entreprises.html>



### FILODIM: GESUNDE AUSSICHTEN FÜR SPITZENTECHNOLOGIEN

Am Centre hospitalier régional et universitaire de Nancy arbeiten Wissenschaft und Industrie Hand in Hand am EU-finanzierten Projekt FILODIM, um neuartige radioaktive Tracer zur Krebserkennung zu entwickeln. Die Initiative ist ein Beispiel der jüngeren Zeit für die herausragende Arbeit der Nancyclotep-Forschungsgruppe, die 2007 mit dem Ziel gegründet wurde, innovative Anwendungen für das bildgebende Verfahren der Positronen-Emissions-Tomographie (PET) zu erforschen.

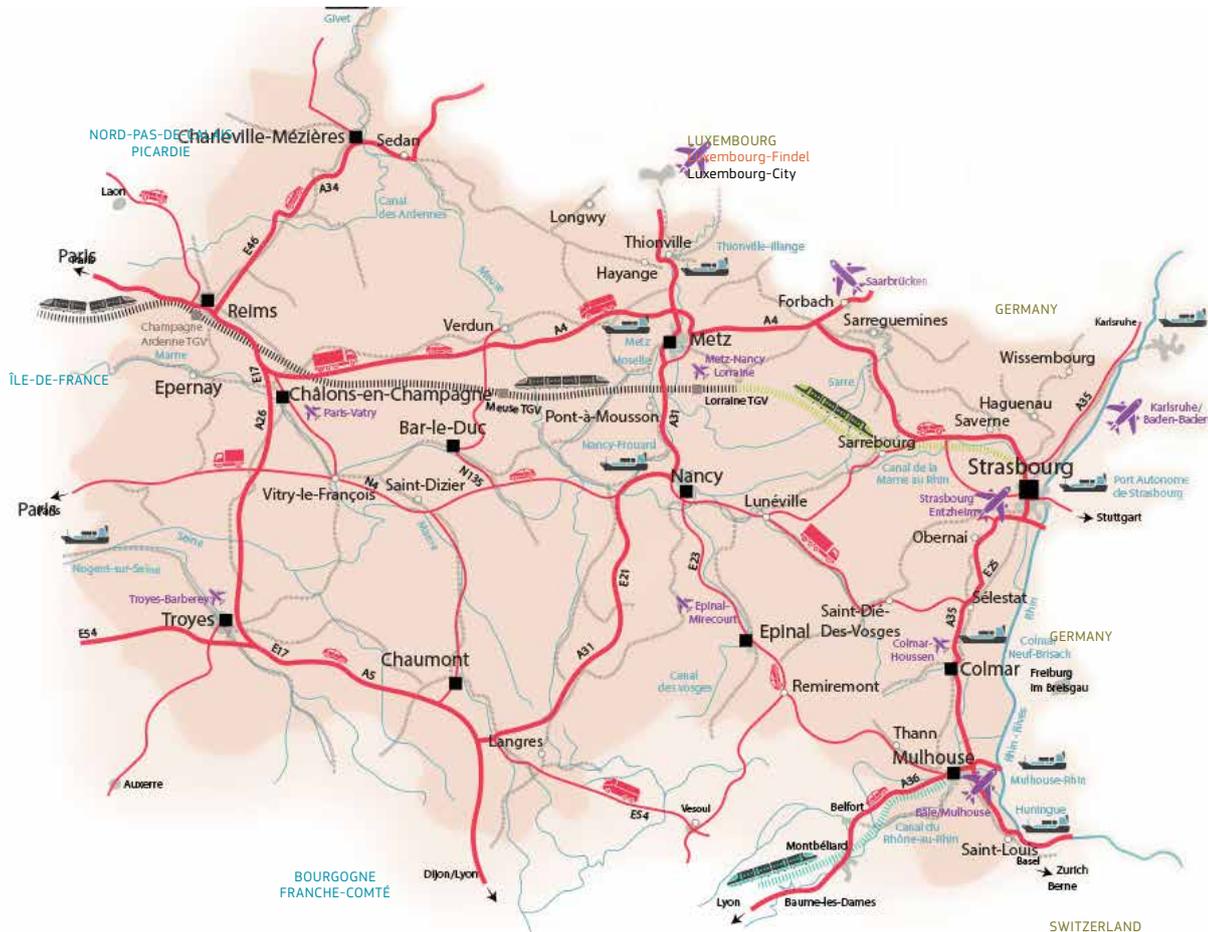
Die Forschungsarbeiten von Nancyclotep haben bereits bedeutende Ergebnisse geliefert, die in der europäischen Gesundheitsindustrie genutzt werden und die Erkennung und Diagnose einer Reihe onkologischer, neurologischer und kardiovaskulärer Erkrankungen erleichtern. Im Rahmen von FILODIM haben die Forscher neuartige Krebserkennungsmethoden praktisch umgesetzt, vorklinische Studien durchgeführt und die PET-Technologien weiterentwickelt. Zudem hat das Projekt zur Entwicklung einer E-Learning-Plattform beigetragen, die Schulungen für europaweit im Gesundheitswesen verstreute PET-Spezialisten bietet.

Auf diese Weise spielen FILODIM und andere Initiativen von Nancyclotep eine wichtige Rolle bei der Förderung des Regional- und Universitätskrankenhauses von Nancy als Exzellenzzentrum der PET-Forschung, nicht nur in der Region Grand Est, sondern in ganz Frankreich und sogar ganz Europa.

**GESAMTKOSTEN: 2,3 MILLIONEN EUR**  
**EU-BEITRAG: 556 400 EUR**

<http://nancyclotep.inist.fr/>

Das Interreg-Programm „Oberrhein“ unterstützt die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Regionen in Deutschland und in der Schweiz mit einem Haushalt von 110 Millionen EUR, während das Programm „Großregion“ Grand Est mit Behörden in der belgischen Region Wallonien, Luxemburg und den deutschen Regionen Saarland und Rheinland-Pfalz zusammenbringt und mit 140 Millionen EUR finanziert. Grand Est ist zudem beteiligt an der Interreg-Partnerschaft Frankreich-Wallonien-Flandern, die die Zusammenarbeit zwischen fünf französischen und belgischen Regionen mit einem Haushalt von 170 Millionen EUR stärken soll. ■



- Regionale Präfektur
- Departementhauptstädte und Stadtgebiete mit mehr als 100 000 Einwohnern
- Autobahnnetz
- Hauptstraßennetz
- LGV-Bahnhof (Schnellfahrstrecke)
- Schiennetz
- LGV

- Binnenschiffahrtsnetz
- Hafen
- Flughafen (Passagieraufkommen höher als 1 000 000)
- Flughafen (Passagieraufkommen kleiner als 1 000 000)
- LGV im Bau (LGV Est européenne, Phase 2)
- Geplante LGV (LGV/Rhin-Rhône, Ostast, Phase 2)

## Bevölkerung

5 552 388 Menschen (Stand 2012), dies entspricht 8,4 % der Gesamtbevölkerung des Landes.

## Arbeitsmarkt

2012 waren 67,9 % der Bevölkerung erwerbstätig, der nationale Durchschnitt liegt bei 68,5 % (der EU-Durchschnitt bei 68,3 %); die Arbeitslosenquote lag bei 9,4 % (national 10,2 %, in der EU 10,8 %).

## Wirtschaft

Mit 27 000 EUR (2013) hat Grand Est das sechstöchste Pro-Kopf-BIP der 18 Regionen Frankreichs und liegt damit knapp unter dem nationalen Durchschnitt von 28 400 EUR, aber über dem EU-28-Durchschnitt von 26 500 EUR. Die wichtigsten Sektoren sind der Dienstleistungssektor, die Industrie, das Bauwesen und die Landwirtschaft.

## Intelligente Spezialisierungen

Im Mittelpunkt des wachsenden Forschungs- und Innovationssektors der neuen Region stehen fünf regionale Schlüs-

selprioritäten: Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen, Werkstoffwissenschaften, Gesundheitswesen und Arzneimittel, Bioökonomie und künftige Fabrikinnovationen. Die Investitionen in F&E liegen zwar unter dem nationalen Durchschnitt, doch im Jahr 2011 meldeten Forscher in Grand Est beim Europäischen Patentamt 440 Patente an. Diese Anzahl ist die vierthöchste unter allen französischen Ballungsräumen.

## Sonstige Schlüsselbereiche

Aufgrund der strategischen Lage der Region an der Grenze zu Belgien, Deutschland, Luxemburg und der Schweiz spielt der Handel eine wichtige Rolle für die Wirtschaft in Grand Est. Nur Île-de-France kommt auf noch mehr Exporte als Grand Est, das 2014 insgesamt 13,6 % aller französischen Exporte durchführte. Rund 75 % der Exporte gehen in andere EU-Länder, davon machen Exporte an Deutschland 30 % aus. ■

## MEHR DAZU

<http://www.alsacechampagneardennelorraine.eu/la-region-alsace-champagne-ardenne-lorraine/>

# Mehr Selbstbewusstsein und ein flexibleres Verhältnis zu Brüssel

## STRUKTURIERUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG IN DER REGION GRAND EST



**Philippe Richert, Präsident der neuen Region Grand Est, beschreibt den realen Nutzen der Kohäsionspolitik insbesondere in Bezug auf die Verhinderung einer digitalen Kluft zwischen den ländlichen Gebieten und den städtischen Ballungsräumen. In diesem Interview mit *Panorama*, fordert er mehr Selbstbewusstsein und Flexibilität zwischen der Europäischen Kommission und den Regionen als Verwaltungsbehörden.**

*Wie kann die Kohäsionspolitik Grand Est bei der wirtschaftlichen Entwicklung helfen? Wo liegen die Prioritäten?*

Für den Zeitraum 2014-2020 erhält die Region Grand Est im Rahmen der Finanzierung durch die EU-Strukturfonds 770 Millionen EUR durch operationelle Regionalprogramme im Elsass, in Champagne-Ardennes und in Lothringen. Zusätzlich werden 420 Millionen EUR für die grenzüberschreitenden Interreg-Programme Hochrhein, Großregion und Belgien-Frankreich (Frankreich-Wallonien-Flandern) bereitgestellt. Zusammengenommen sind das insgesamt mehr als 1 Milliarde EUR. Wenn man den Anteil am Europäischen Sozialfonds (ESF) hinzunimmt, stellt die Kohäsionspolitik eine sehr umfangreiche strukturelle Ressource für die territoriale Organisation und die wirtschaftliche Entwicklung der Region Grand Est dar.

Von diesem Betrag fließen 61 % der EFRE-Mittel drei Prioritätsbereichen zu: 143,8 Millionen EUR an Forschung und Innovation, 127,7 Millionen EUR zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU und 77,8 Millionen EUR für die Entwicklung von Infrastrukturen und digitaler Technologie. Für Investitionen in die Energiewende werden 145,8 Millionen EUR an EFRE-Mitteln bereitgestellt, während mit der Unterstützung des ESF (insgesamt fast 160 Millionen EUR in der gesamten Region Grand Est) in erster Linie allgemeine und berufliche Bildungsmöglichkeiten für junge Menschen und Arbeitssuchende finanziert werden.

Wir haben zum Beispiel unter der Federführung der Region und ihrer neun Departements ein Ausschreibungsverfahren für die Verlegung von FTTH-Glasfaserkabeln für das Breitbandnetz in ganz Grand Est initiiert. Diese Projekte sind mehr als 2 Milliarden EUR wert. Da ländliche Gebiete in einer schwächeren Position sind, ist das Hochgeschwindigkeits-Breitbandnetz eine der entscheidenden Möglichkeiten, eine digitale Kluft zu verhindern.

*Welches sind die Vor- und Nachteile dieses neuen Ansatzes, mit dem Fonds und Finanzinstrumente integriert werden sollen?*

Der Vorteil einer Finanzierungspolitik, die auf der Nutzung von Finanzierungsinstrumenten zusätzlich zu Subventionierungsmechanismen basiert, besteht darin, dass wir mehr Ressourcen zur Verfügung stellen können. Durch den Juncker-Plan, der durch die Europäische Investitionsbank (EIB) unterstützt wird, werden europäische Mittel über den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) zur Unterstützung von Unternehmen, nicht von lokalen Behörden eingesetzt. Für die Projekte zur Verlegung von Glasfaserkabeln werden dem Elsass 500 Millionen EUR bereitgestellt, während sieben andere Departements in Grand Est 1,3 Milliarden EUR erhalten werden. Damit werden Arbeitsplätze geschaffen und ein Beitrag zur Einrichtung einer Ausbildungsinfrastruktur, insbesondere im Bauwesen, geleistet. Dennoch ist es äußerst wichtig, dass die

zwei Finanzierungsformen ausgewogen zum Einsatz kommen und ihre Wirksamkeit bewertet wird.

*Eine globale Frage ist die nach der Vereinfachung der Nutzung von EU-Fördermitteln. Wie können Regionen hierzu einen Beitrag leisten?*

Europa hat sehr detaillierte Auflagen, um sicherzustellen, dass die EU-Mittel ordnungsgemäß zugeteilt werden. Diese Überprüfungen machen diese Pakete so aufwendig, dass man häufig lieber darauf verzichtet, als Hunderte von Formularseiten auszufüllen. Es ist wichtig, dass wir von dieser misstrauischen Haltung Abstand nehmen und uns mit mehr Vertrauen auf die Mittelbeantragung einlassen. In Bezug auf den anstehenden Programmplanungszeitraum schlagen die französischen Regionen außerdem vor, dass auf bestimmte regulatorische Hindernisse verzichtet wird, z. B. dass die Vorschriften für staatliche Beihilfen keine Anwendung mehr auf die Kohäsionspolitik finden und ein einziger europäischer Fonds eingerichtet wird.

Während des Zeitraums 2014-2020 können die Regionen zu dieser Vereinfachung beitragen, indem sie bestimmte Instrumente mobilisieren, etwa die Einrichtung eines einzigen Fensters für Projektleiter oder die Verwendung von vereinfachten Kostenoptionen.

*Ist die Kohäsionspolitik aus Ihrer Sicht effektiv? Wie kann sie verbessert werden?*

Die Kohäsionspolitik trägt dazu bei, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise einzudämmen. Sie hemmt die Verringerung der öffentlichen Investitionen in Europa und treibt Maßnahmen der öffentlichen Politik voran, die auf ein Arbeitsplätze schaffendes Wachstum abzielen. Um dies zu erreichen, werden Maßnahmen auf die tatsächlichen Anforderungen in jedem Gebiet zugeschnitten. Seit 2015 sind insgesamt 977 Projekte und fast 160 Millio-

nen EUR für die Region Grand Est geplant; 766 dieser Projekte wurden mit 86 Millionen EUR durch den EFRE finanziert.

Um die Effektivität der Politik zu erhöhen, ist es entscheidend, dass man sich von diesem fragmentierten Ansatz wegbewegt und eher Projekte mit langfristigen strukturierenden Auswirkungen auflegt. Es bedarf einer besseren Organisation, damit öffentliche Gelder (Interreg, EFRE) für stärker strategisch ausgerichtete Zwecke eingesetzt werden. Das bedeutet mehr Flexibilität in unserer Beziehung zu Brüssel, denn große Strukturprojekte entstehen nicht innerhalb von sechs Monaten. Allerdings besteht in den ersten Jahren jedes Programmplanungszeitraums das Risiko einer automatischen Aufhebung der Mittelbindung, wenn die Mittelverwendungsrate ungenügend ist. Angesichts der dringenden Notwendigkeit, Ergebnisse zu liefern, werden stattdessen Projekte angenommen, die keinen Prioritätsstatus verdienen.

*Welche Ergebnisse hoffen Sie bis zum Ende des Zeitraums 2014-2020 zu erreichen?*

Für jedes der strategischen Ziele wurden bis 2023 zu erreichende Zielvorgaben festgelegt. Während des Programmplanungsprozesses werden themenbezogene Bewertungen durchgeführt. Die Ergebnisse werden in regelmäßigen Abständen gemessen und bewertet, wobei der 31. Dezember 2018 im Fokus steht. Diese Halbzeitbewertung wird dabei helfen, die hinter den Programmen stehenden Strategien anzupassen, soweit dies notwendig ist.

*Welchen Mehrwert bringt das Programm Interreg Frankreich, das ein einzigartiges System darstellt? Was halten Sie von den klassischen Interreg-Programmen?*

Wir brauchen eine größere Kohärenz, die über Verwaltungsgrenzen hinausgeht. Die interregionale Achse für die Vogesen im

operationellen Programm für Lothringen und die Vogesen deckt die ehemaligen Regionen Lothringen, Elsass und Franche-Comté ab. Die diesbezüglichen Ziele konzentrieren sich auf die Wirtschaft, den Tourismus, die Raumplanung und die Verbesserung der Umwelt. Wir nutzen denselben Ansatz durch das Cluster „Véhicule du Futur“ in Straßburg, das das Elsass und Franche-Comté abdeckt.

Die „klassischen“ Interreg-Programme haben einen Beitrag zur Finanzierung mehrerer Projekte geleistet, die zur Entwicklung des Grenzgebiets, zur Förderung von Ausbildung und Beschäftigung und durch Projekte an der Universität der Großregion und am European Campus (Eucor) zur Förderung von Forschung und Innovation dienen. Eucor basiert auf der Zusammenarbeit zwischen den Universitäten von Straßburg und Haute-Alsace in Frankreich, dem Karlsruher Institut für Technologie und der Universität Freiburg in Deutschland sowie der Universität Basel in der Schweiz. Ziel ist der Aufbau eines umfassenden Innovations- und Forschungsnetzes entlang des Rheins.

*Welche Auswirkungen hat die kürzlich in Frankreich umgesetzte Gebietsreform auf die operationellen Programme und ihre Verwaltung, die wie vor der Reform festgelegt in den Regionen verblieben ist?*

Der Zusammenschluss der Regionen hat keine Auswirkungen auf die von der Europäischen Kommission genehmigten operationellen Programme. Allerdings hat er unmittelbare Folgen für die grenzübergreifenden Beziehungen. Die Schaffung der Region Grand Est hat die benachbarten Gebiete dazu veranlasst, sich zu organisieren. So haben deutsche Bundesländer wie das Saarland, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg Pläne gemacht, um sich abzustimmen, bevor sie die Gespräche mit uns aufgenommen haben. ■

Am 26. Oktober nahmen die Kommissarinnen Corina Crețu und Marianne Thyssen an einem Arbeitsseminar zum mehrjährigen Finanzrahmen und zur Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2020 teil. Ausrichter war die Vereinigung der französischen Regionen, deren Vorsitz der Präsident der neuen Region Grand Est, Philippe Richert, hat. An dem Seminar nahmen auch MdEP und Regionalvertreter teil.

## Interview mit Kommissarin Thyssen



*Wie kann Europa bei der Bewältigung der Arbeitslosigkeit, vor allem der Jugendarbeitslosigkeit, helfen?*

Präsident Juncker erwähnte dies in seiner Rede zur Lage der Union letzten September: Die Beschäftigung ist für die Kommission eine wichtige Priorität.

Über den Europäischen Fonds für strategische Investitionen und die Strukturfonds hinaus, die Investitionen und damit die Beschäftigung fördern, muss man unbedingt zwei spezielle Bereiche hervorheben, die vielfältige Möglichkeiten bieten: die spezifischen Programme des Europäischen Sozialfonds zur Unterstützung der Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt und die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen. Die Kommission ist mit den bisher im Zusammenhang mit dieser Initiative erzielten Ergebnissen zufrieden: Insgesamt 1,4 Millionen jungen Menschen wurde bereits geholfen. Frankreich hat diese Initiative voll ausgeschöpft und bislang 220 000 junge Menschen in förderfähigen Regionen unterstützt.

Neben der Ausbildungsförderung, insbesondere auf regionaler Ebene, konnte mit diesen Mitteln die Unterstützung junger Menschen, die eine Beschäftigung oder Qualifikationen anstreben, durch hochwertige Initiativen wie die Jugendgarantie verstärkt werden. Dennoch besteht immer noch Verbesserungspotenzial bei der Ermittlung junger Menschen, die sich weder in Ausbildung noch in Beschäftigung befinden (NEETs) und für die immer noch nicht genügend neue Initiativen finanziert werden.

Diesbezüglich hat die Kommission vorgeschlagen, der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen eine weitere Milliarde Euro bereitzustellen, die die begünstigten Mitgliedstaaten mit einem entsprechenden Betrag aus den ihnen aus dem Europäischen Sozialfonds zugewiesenen Mitteln ergänzen.

*Die Verwaltung der Strukturfonds stellt für potenzielle Begünstigte eine ständige Sorge dar. Gibt es Pläne für eine weitere Vereinfachung?*

Die Vereinfachung ist ein Eckpfeiler unserer Initiative zur Unterstützung eines „ergebnisorientierten Haushalts“ – dieser wurde 2015 eingeführt, um mit einer möglichst effizienten Nutzung des europäischen Haushalts Beschäftigung und Wachstum zu fördern.

Frankreich hat bereits begonnen, bei der Durchführung von Programmen, die durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und den Europäischen Sozialfonds kofinanziert werden, vereinfachte Kostenoptionen zu verwenden.

Darüber hinaus betraf der erste in diesem Kontext von der Kommission verabschiedete delegierte Rechtsakt die nationale Beschäftigungsinitiative für junge Menschen in Frankreich. Dieser Rechtsakt ermöglichte die Förderung eines ergebnisorientierten Ansatzes zur Durchführung der Jugendgarantie-Initiative. Ähnliche Vorschläge für den Bereich Ausbildung werden derzeit mit bestimmten französischen Regionen erörtert. In diesem Zusammenhang möchte ich auch die koordinierenden Behörden dazu einladen, sich stärker bei der Vorbereitung und Abstimmung regionaler Vorschläge einzubringen.

Und schließlich möchte ich hervorheben, dass die Europäische Kommission im Juli 2015 für die Begünstigten der europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) eine hochrangige Gruppe zur Vereinfachung eingerichtet hat. Diese aus 12 Sachverständigen bestehende Gruppe berät die Kommission dahingehend, wie der Verwaltungsaufwand der Begünstigten der ESI-Fonds reduziert werden kann. Sie hat besonders von der Beteiligung der französischen Behörden profitiert, denen ich meinen herzlichen Dank aussprechen möchte: dem Generalkommissariat für die Gleichheit der Gebiete, der Generaldelegation für Beschäftigung und Berufsbildung und den französischen Regionen. ■

# Interview mit Kommissarin Crețu



*Welche Rolle können die neu zusammengesetzten französischen Regionen aus Ihrer Sicht in der Kohäsionspolitik spielen?*

Die französische Gebietsreform, die am 1. Januar 2016 in Kraft getreten ist, hat durch die Verringerung der Anzahl der Regionen von 22 auf 13 die Gebietsarchitektur Frankreichs verändert. Außerdem wurden diesen neuen Regionen neue Aufgaben übertragen. Sie sind nun ausschließlich zuständig für die Förderung von Unternehmen, die Durchführung politischer Maßnahmen für Ausbildung und Beschäftigung und für Verkehrsmaßnahmen, u. a. in Bezug auf Regionalzüge und -busse, Straßen, Flughäfen und Häfen. Ferner verwalten sie die Sekundarstufe der Schulen, die Gemeindeplanung und umfassende Infrastrukturen. In diesem Sinne sind die neuen Regionen unsere wichtigsten Gesprächspartner bei der Durchführung der Kohäsionspolitik.

Dies ermöglicht Investitionen, die sich somit gegenseitig verstärken und einen effektiveren Beitrag zu europäischen Zie-

len leisten können, weil die Vorgehensweisen an konkrete regionale und lokale Kontexte angepasst wird. Zusätzlich stärkt dieser Ansatz auch die Eigenverantwortung für Maßnahmen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene, wobei entsprechend dem Partnerschaftsprinzip in hohem Maße diverse Partner eingebunden werden.

*Eine der Hauptbeschwerden über den EFRE ist nach wie vor die Umsetzung der Vorschriften für staatliche Beihilfen. Glauben Sie, mit der Vereinfachung kann genauso verfahren werden wie mit anderen Instrumenten wie z. B. H2020?*

Unser Rahmen für 2014-2020 beinhaltet bereits eine breite Palette an Vereinfachungselementen, wie etwa ein gemeinsames Regelwerk für alle ESI-Fonds, mehr Möglichkeiten für vereinfachte Kostensoptionen und E-Kohäsion. Weiterhin umfasst die Halbzeitbewertung des mehrjährigen Finanzrahmens Gesetzgebungsvorschläge für einen vereinfachten, stärker ergebnisorientierten Ansatz. Außerdem haben wir durch die hochrangige Gruppe zur Vereinfachung für Begünstigte sowie das Programm zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung (die REFIT-Plattform) zahlreiche Interessenträger angehört.

Allerdings sind wir mit dem bestehenden System vielleicht an die Grenzen unserer Möglichkeiten gestoßen. Ohne einem künftigen Vorschlag der Kommission zum mehrjährigen Finanzrahmen nach 2020 zuvorkommen zu wollen, benötigen wir vielleicht eine tiefgreifen-

dere Überprüfung der Funktionsweise der Kohäsionspolitik.

Zunächst bedarf es einer Differenzierung: Wir müssen anerkennen, dass die Mitgliedstaaten über unterschiedliche institutionelle und administrative Strukturen und Kapazitäten verfügen. Das Durchführungssystem sollte diesem Umstand Rechnung tragen.

Zweitens sollten wir ein einheitliches Regelwerk für Fonds anstreben, die dem gemeinsamen Vollzug unterliegen. Natürlich haben wir bei der Harmonisierung der Vorschriften für die ESI-Fonds Fortschritte erzielt, doch es bestehen immer noch fondsspezifische Unterschiede, die für Komplexität sorgen. Wir müssen uns daher nach besten Kräften bemühen, im nächsten Finanzierungszeitraum ein einheitliches Regelwerk zu verwirklichen, das alle Investitionsfonds umfasst, die gemeinsam verwaltet werden.

Und drittens müssen wir stärkere Synergien mit anderen EU-Instrumenten auslösen, insbesondere mit der Investitionsoffensive, um den EU-Haushalt optimal auszunutzen.

In diesem Zusammenhang sind die Vorschriften für staatliche Beihilfen in den kommenden Jahren weiterhin eine der zentralen Herausforderungen. Diese Vorschriften sollten kein unnötiges Hindernis für einen einfachen Zugang zu EU-Mitteln sein. Diese Fragestellung bedarf jedoch einer ausführlichen Prüfung im Kontext nach 2020 und einer engen Zusammenarbeit zwischen den für diese Themen zuständigen Diensten. ■



# Ostseeraum befasst sich mit neuen Trends und Herausforderungen

Die Strategie der Europäischen Union für den Ostseeraum (EUSBSR) ist die erste makroregionale Strategie, die von der Europäischen Union geschaffen wurde. Ziel der Strategie ist die Stärkung der Zusammenarbeit und die Förderung einer ausgewogenen Entwicklung in dieser großen Region mit 80 Millionen Einwohnern – 16 % der EU-Bevölkerung – und acht Ländern (Schweden, Dänemark, Estland, Finnland, Deutschland, Lettland, Litauen und Polen).

Am 8./9. November 2016 fand in der schwedischen Hauptstadt Stockholm das 7. Strategieforum mit dem Titel „**Eine Region, eine Zukunft – Vision 2030 für den Ostseeraum**“ statt. Das Forum wurde von der Kommissarin für Regionalpolitik und Stadtentwicklung Corina Crețu, dem schwedischen Ministerpräsident Stefan Löfven und dem finnischen Ministerpräsident Juha Sipilä eröffnet.

Rund 1200 Interessenträger aus nationalen und regionalen Regierungen, der Zivilgesellschaft, dem Privatsektor sowie aus Wissenschaft und Medien nahmen an mehr als 40 themenbezogenen Workshops und Seminaren teil, um eine Vision für 2030 zu erörtern und zu beraten, wie man künftige Trends und Herausforderungen durch eine makroregionale Zusammenarbeit angehen kann.

Kommissarin Crețu stellte fest: „Seit nunmehr sieben Jahren ermöglicht die EU-Strategie für den Ostseeraum, die erste makroregionale Strategie überhaupt, eine Zusammenarbeit bei

*Herausforderungen, die nicht auf nationaler Ebene bewältigt werden können: einen sauberen und sicheren Seefrachtverkehr, die Anpassung an den Klimawandel sowie verbesserte Verkehrsnetze, um nur einige zu nennen. Aber es muss noch mehr getan werden. Insbesondere sind ein wiederholter und dauerhafter politischer Einsatz sowie eine effiziente Bündelung von Ressourcen und Kommunikationsbemühungen erforderlich, um den Mehrwert der Strategie zu verdeutlichen.“*

Der perspektivische Bericht (siehe Link unten) „**Mit Blick auf 2030: Vorbereitung des Ostseeraums auf die Zukunft**“ wurde vorgestellt. Er schaffte die Grundlage für Gespräche darüber, wie eine Zusammenarbeit beitragen kann, auf künftige Herausforderungen richtig zu reagieren.

**Die wichtigsten Trends, die für die Region ermittelt wurden, sind u. a.:**

- Änderung des demografischen Drucks und der Migrationsströme
- Erneuerung von Industrien und Innovationen
- Vertiefung der Umweltgespräche und Vorbereitung auf den Klimawandel
- Wandel in der demokratischen Entscheidungsfindung und Verstärkung der Zusammenarbeit.

Eine zentrale Diskussionsfrage lautete: Welche Probleme müssen auf makroregionaler Ebene gelöst werden und welche sind besser auf niedrigeren oder höheren Regierungsebenen zu bewältigen?

*Juha Sipilä, der finnische Ministerpräsident (links), Stefan Löfven, der schwedische Ministerpräsident (rechts) und Corina Crețu besuchen die Kreativ-Lounge während des Strategieforums für den Ostseeraum >*

**Die wichtigen Bereiche, die für eine intensivierte makroregionale Zusammenarbeit festgelegt wurden, sind u. a.:**

- ökologische und mit dem Klimawandel verbundene Herausforderungen, die nur gemeinsam in den Griff zu bekommen sind
- gemeinsamer Zivilschutz, der eine länderübergreifende Zusammenarbeit verschiedener Sektoren erfordert
- Blaues Wachstum in Bezug auf die gemeinsamen Ressourcen der Ostsee
- verstärkte Überwachung des Schiffsverkehrs angesichts wachsender Transportaufkommen
- Sicherung langfristiger Kooperationskulturen als Schlüssel für den Erfolg der EUSBSR.

## Leistung und Potenzial

In einer eigenen Sitzung wurde der Bericht „**Trends, Herausforderungen und Potenzial im Ostseeraum**“ vorgestellt und erörtert, der in die Gespräche über künftige Trends und Chancen für die makroregionale Zusammenarbeit einfließt. Er enthält unter anderem die Ergebnisse eines Gebietsüberwachungssystems für den Ostseeraum und den Ostseeraum-Potenzialindex. Beide Instrumente zeigen die aktuelle Leistung des Ostseeraums und trugen inhaltlich zu den Gesprächen über das Entwicklungspotenzial innerhalb der Makroregion bei.

Das aktualisierte **Gebietsüberwachungssystem für den Ostseeraum** veranschaulicht den Wandel innerhalb der bestehenden Unterschiede. Auf nationaler Ebene schließt sich die wirtschaftliche Kluft zwischen Ost und West im Ostseeraum allmählich. Gleichzeitig erleben alle Länder eine stärkere Polarisierung auf subnationaler Ebene. Heute ist die tiefste Kluft in der gesellschaftlichen Entwicklung zu finden. Außerdem hat die Finanzkrise anscheinend die ländlichen Gebiete stärker getroffen als alle anderen Regionen. In der Folge konzentrieren sich Produktion, Arbeitsplätze und Menschen immer mehr in den Stadtgebieten im Ostseeraum. Ferner zeigt der Bericht wichtige ökologische Herausforderungen auf, zum Beispiel die Luftqualität in den Städten und den Grad der Eutrophierung in der Ostsee.



Der **Ostseeraum-Potenzialindex** klassifiziert und analysiert die Leistung aller 115 Regionen des Ostseeraums. Er liefert Erkenntnisse für politische Entscheidungsträger über regionale Stärken und Schwächen und ermöglicht Lernprozesse auf der Basis von Vergleichen zwischen Regionen. Der Index basiert auf drei Kategorien: demografisches Potenzial, Arbeitskräftepotenzial und wirtschaftliches Potenzial. Der Raum Oslo führt die Liste an, gleich darauf folgt die Nachbarregion Akershus. Der Rest der Top 10 besteht aus den jeweiligen Hauptstädten von Schweden, Dänemark, Deutschland und Finnland sowie drei norwegischen Regionen (Rogaland, Hordaland und Sør-Trøndelag) und dem Raum Hamburg in Deutschland.

Ein weiterer in Stockholm vorgestellter Bericht, „Die Spitze Europas – heute geht es uns gut, aber was ist mit morgen?“, gibt einen Überblick über Wirtschaftstrends im Ostseeraum und zeigt Perspektiven für Investitionen, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Der Bericht bestätigt, dass die um die Ostsee gelegenen Länder in Bezug auf Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit immer noch ganz vorne mitspielen und der Wohlstand in der gesamten Region weiter wächst. Allerdings gibt es auch wirtschaftliche Bedenken über die anhaltende Verschlechterung der Position der Region auf den Weltmärkten. ■

**MEHR DAZU**

<http://www.balticsea-region-strategy.eu/>

# Stärkere Verwaltungskapazitäten durch Mitarbeiter selbstbewertung

Die Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung setzt ein Instrumentarium zur besseren Verwaltung und Umsetzung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und des Kohäsionsfonds ein. Des Weiteren sieht sie zur Unterstützung der Personalentwicklung ein neues Selbstbewertungsinstrument für die an der Verwaltung der Förderprogramme beteiligten Mitarbeiter vor.

Die Leistung der Mitgliedstaaten und Regionen wird maßgeblich von der Qualität der Verwaltungskapazitäten der öffentlichen Verwaltung beeinflusst. Drei Schlüsselfaktoren für die Leistung sind die Strukturen der öffentlichen Verwaltung, die Humanressourcen und die Verfügbarkeit geeigneter Systeme und Instrumente. Gibt es für Organisationen ein ideales Modell zur Fondsverwaltung? Nein, eine Art Blaupause gibt es nicht. Es ist allerdings durchaus möglich, eine Reihe von Schlüsselkompetenzen zu ermitteln, die sich auf die für die Fondsverwaltung zuständigen Organisationen leistungsfördernd auswirken können.

Um den Verwaltungen der Mitgliedstaaten zu helfen, hat die Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung daher einen Kompetenzrahmen und ein damit verbundenes Selbstbewertungsinstrument entwickelt. Ziel ist es, die weitere Professionalisierung der Fondsverwaltung zu fördern und letztlich die Verwaltungskapazitäten in den für die Fondsverwaltung verantwortlichen Verwaltungen zu stärken.

Diese Instrumente sollten die Mitgliedstaaten und Regionen dabei unterstützen, ihre Verwaltungen auf effiziente Weise zu stärken und Lücken bei den erforderlichen Kompetenzen und Fähigkeiten ihres Personals aufzuzeigen. Dies dient zugleich zur näheren Bestimmung des bestehenden Fortbildungs- und Einstellungsbedarfs. Die Ergebnisse der Selbstbewertung können zudem zur Ausarbeitung von Ausbildungsmodulen für die Verwaltung des EFRE und des Kohäsionsfonds auf nationaler sowie europäischer Ebene herangezogen werden.

Eine Pilotversion des Selbstbewertungsinstruments wurde bereits intern durch die GD Regio getestet. Dieser Probedurchlauf bestätigte, dass die im Selbstbewertungsinstrument identifizierten Aufgaben und Unteraufgaben sowie 180 Kompetenzen angemessen und wirksam sind. Vor der allgemeinen Einführung des Systems wurden allerdings einige technische und betriebliche Veränderungen vorgeschlagen. Im Rahmen weiterer Änderungen wird das Instrument vom derzeitigen auf Microsoft Excel basierenden Format auf eine benutzerfreundlichere und anpassungsfähigere webgestützte Version umgestellt. Dies soll eine leichtere Umsetzung und mehr Flexibilität ermöglichen.

## Feinabstimmung

Um das Selbstbewertungsinstrument weiter zu optimieren, werden mit ausgewählten Pilotverwaltungen in sieben Mitgliedstaaten in Kürze weitere Tests durchgeführt. Ein Beraterteam leistet dabei Unterstützung. Die Zusammenarbeit zwischen den Pilotverwaltungen und den Beratern soll voraussichtlich über einen Zeitraum von sechs Monaten im ersten Halbjahr 2017 stattfinden.

Die Berater werden die Pilot-Einführung des Kompetenzrahmens und des Selbstbewertungsinstruments in den Verwaltungen der Mitgliedstaaten über den gesamten Kompetenzbewertungsprozess hinweg engmaschig verfolgen, unterstützen und analysieren.

### Die Berater werden:

- ▶ das Selbstbewertungsinstrument an die Anforderungen der einzelnen Pilotverwaltungen anpassen;
- ▶ Aufsichts- und Verwaltungsstellen in den Verwaltungen bei der Datenerfassung aus den von den Mitarbeitern mittels des Instruments durchgeführten Selbstbewertungen unterstützen, bei der Datenaggregation auf Verwaltungsebene mitwirken und die Analyse der erfassten und aggregierten Daten erleichtern;
- ▶ Maßnahmen benennen und Anleitung geben, um eine effiziente Stärkung oder Weiterentwicklung der



verbesserungsbedürftigen oder fehlenden Kompetenzen in den Pilotverwaltungen zu ermöglichen;

- › individuelle Leitlinien zu Fahrplänen und Strategien zur Entwicklung von Humanressourcen bereitstellen, die auf einer Analyse der von den einzelnen Verwaltungen aggregierten Daten basieren.

Diese Pilotstudie in sieben für die Verwaltung der Programme des EFRE und des Kohäsionsfonds verantwortlichen öffentlichen Verwaltungen wird dazu beitragen, erforderliche Änderungen am Selbstbewertungsinstrument zu ermitteln und zu ermöglichen, bevor der Kompetenzrahmen und das Instrument in größerem Umfang verfügbar gemacht werden.

Ferner wird die Studie Schlussfolgerungen dazu enthalten, was die Verwaltungen der Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission zur erfolgreichen Umsetzung des Kompetenzrahmens in der Zukunft berücksichtigen sollten. Dies wirkt sich wiederum positiv auf die Weiterentwicklung von Nutzerleitfäden aus und liefert Empfehlungen zur optimalen Verbreitung des Rahmens und Selbstbewertungsinstruments, insbesondere in den Mitgliedstaaten, die ihre Verwaltungskapazitäten weiter ausbauen müssen.

Die Ergebnisse der Studie werden dazu beitragen, den breiteren Einsatz des Kompetenzrahmens und des Selbstbewertungsinstruments in allen für die Verwaltung des EFRE und des Kohäsionsfonds verantwortlichen Verwaltungen der Mitgliedsstaaten ab Mitte 2017 zu fördern. ■

#### MEHR DAZU

<http://europa.eu/!Pv34Pm>

## ERPROBUNG DES ELBSTBEWERTUNGSSINSTRUMENTS

**Für die Erprobung des Kompetenzrahmens und des Selbstbewertungsinstruments werden die für folgende Programme verantwortlichen Behörden vorgeschlagen:**

- › Österreich: Operationelles Programm „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung Österreich“ 2014-2020
- › Bulgarien: Operationelles Programm „Umwelt“ 2014-2020
- › Estland: Operationelles Programm „Finanzierung im Rahmen der Kohäsionspolitik“ 2014-2020
- › Griechenland: Operationelles Regionalprogramm „West-Mazedonien“
- › Ungarn: Operationelles Programm „Umwelt- und Energieeffizienz“
- › Polen: Operationelles Regionalprogramm für die Woiwodschaft Niederschlesien
- › Rumänien/Bulgarien: Programm zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit

# Abseits des BIP: der endgültige regionale Index zum sozialen Fortschritt der EU

Im Oktober wurden mit der neuesten Version des regionalen Index zum sozialen Fortschritt der EU (EU-SPI) die Ergebnisse der in 272 Regionen der EU-Mitgliedstaaten umgesetzten Maßnahmen veröffentlicht.

„Sozialer Fortschritt“ wird definiert als die Fähigkeit einer Gesellschaft, die menschlichen Grundbedürfnisse ihrer Bürger zu erfüllen, die Bausteine bereitzustellen, die Bürgern und Gemeinden eine Verbesserung und Aufrechterhaltung ihrer Lebensqualität ermöglichen, und Bedingungen zu schaffen, damit jeder einzelne sein Potenzial voll ausschöpfen kann. Der EU-SPI deckt drei umfassende Dimensionen des sozialen Fortschritts ab: grundlegende menschliche Bedürfnisse, Grundlagen des Wohlergehens und Chancen. Jede dieser Dimensionen wird in vier zugrunde liegende Komponenten aufgeschlüsselt, die von 50 sozialen und ökologischen Indikatoren beschrieben werden. Der bewusste Ausschluss wirtschaftlicher Indikatoren führt dazu, dass der Index den sozialen Fortschritt direkt misst, anstatt stellvertretend wirtschaftliche Faktoren zu nutzen.

**Die Messung des sozialen Fortschritts kann als Grundlage für die Entwicklungsstrategien der EU-Regionen dienen. Dieser neueste Index soll**

- die Regionen dabei unterstützen, Regionen, gleich welchen wirtschaftlichen Entwicklungsstands, zu ermitteln, von denen sie lernen können, und gegebenenfalls Themen zu priorisieren, die sie mit ihrem Programm zur Kohäsionspolitik angehen möchten;
- als Resonanzboden für die Kommission dienen, um zu bewerten, ob mit EU-Mitteln die richtigen Probleme an den richtigen Orten angegangen werden;
- die GD Regionalpolitik und Stadtentwicklung in die Lage versetzen, einen Beitrag zur Diskussion „BIP und darüber hinaus“ zu leisten.

## Die Ergebnisse liegen vor

Die Ergebnisse zeigen, dass der soziale Fortschritt in Nordeuropa und den Niederlanden am größten und in Rumänien und Bulgarien am kleinsten ist. Auch in Österreich, Deutschland, Luxemburg, Irland und im Vereinigten Königreich gibt es einen großen

sozialen Fortschritt. Belgien und Frankreich schneiden auch gut ab, wenngleich beide Länder intern eine hohe Variabilität aufweisen. Die höchste Variabilität innerhalb eines Landes ist in Italien festzustellen, wo die zentralen Regionen bessere Werte erzielen als der Rest des Landes.

Der EU-SPI ist eng mit dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf verknüpft, auch wenn das Verhältnis dieser beiden Indizes darauf hinweist, dass auf jeder Stufe der Wirtschaftsleistung Chancen für einen größeren sozialen Fortschritt, aber auch das Risiko eines geringeren sozialen Fortschritts bestehen. In ärmeren Regionen trägt jeder zusätzliche Euro im Pro-Kopf-BIP eindeutig zum sozialen Fortschritt bei, doch in wohlhabenderen Regionen trifft das nur in viel geringerem Maße zu. Dies wird besonders deutlich in den Hauptstädten: So haben etwa Bukarest, Bratislava, Prag, Brüssel und London alle einen im Vergleich zu ihrem Pro-Kopf-BIP relativ niedrigen Index zum sozialen Fortschritt. Andere Regionen wiederum, beispielsweise in Nordeuropa und in überwiegenderen Teilen der Niederlande, übertreffen ihren wirtschaftlichen Entwicklungsstand und schneiden besser ab als ihr Pro-Kopf-BIP vermuten ließe.

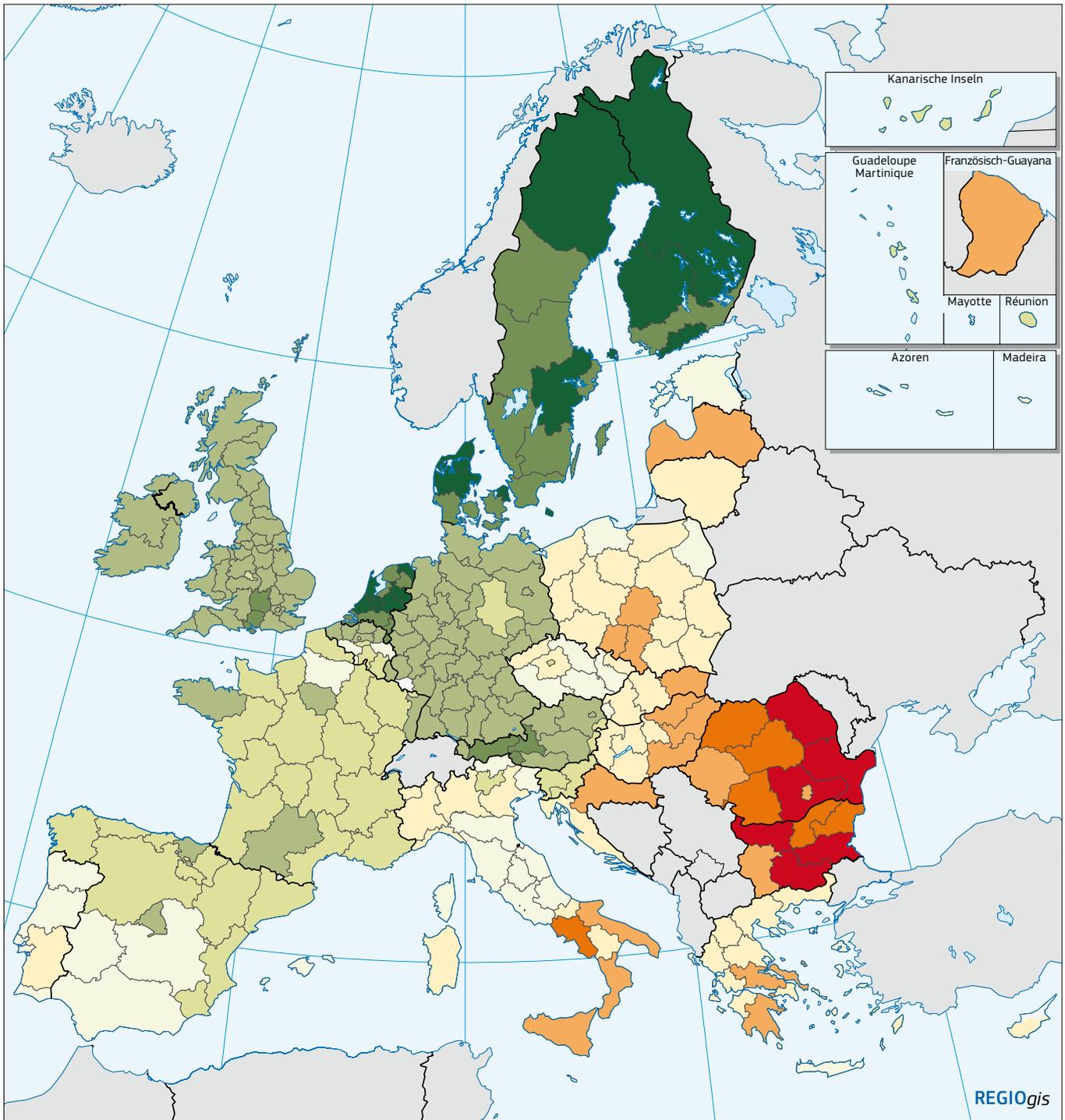
Mit Ausnahme einiger Regionen in den Mitgliedstaaten, die der EU 2004 oder später beigetreten sind, lässt der EU-SPI erkennen, dass die grundlegenden menschlichen Bedürfnisse in fast allen EU-Regionen erfüllt werden. Bei den Grundlagen des Wohlergehens sind größere Unterschiede festzustellen: Nur die Mitgliedstaaten in Nordeuropa, die Niederlande und Irland erzielen über all ihre Regionen hinweg gute Ergebnisse. Die größten Diskrepanzen ergeben sich in Bezug auf Chancen. In vielen Regionen in Süd- und Osteuropa werden schlechte Ergebnisse erzielt.

Der regionale Index zum sozialen Fortschritt der EU ist das Ergebnis einer dreijährigen Kooperation zwischen der GD Regionalpolitik und Stadtentwicklung<sup>1</sup>, dem Social Progress Imperative und dem baskischen Institut für Wettbewerbsfähigkeit Orkestra. Er orientiert sich am globalen Index für den sozialen Fortschritt, der für die EU unter Verwendung von Indikatoren, die in erster Linie aus Daten von Eurostat stammen, angepasst wurde. ■

## MEHR DAZU

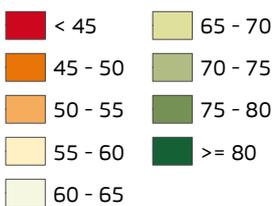
[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/de/information/maps/](http://ec.europa.eu/regional_policy/de/information/maps/)

<sup>1</sup> Der regionale Index zum sozialen Fortschritt der EU wurde nicht zum Zwecke der Mittelzuweisung erschaffen und ist für die Kommission in keiner Weise bindend.



### Regionaler Index zum sozialen Fortschritt der EU

Index



Quelle: DG REGIO



© EuroGeographics Verband für Verwaltungsgrenzen

# EINE NEUE GLOBALE BENCHMARK FÜR SAUBERE SCHIFFFAHRT

**GESAMTBEITRAG:  
1 352 900 EUR**

**BEITRAG DER EU:  
1 088 500 EUR**



**Koordinator Andrius Sutnikas vom Klapeida Science and Technology Park in Litauen spricht mit Panorama über das Projekt MarTech LNG und erzählt, wie der südliche Ostseeraum sich dadurch zu einem globalen Zentrum für die Versorgung mit Flüssigerdgas (LNG) entwickelt hat.**

Die Europäische Union (EU) führte neue Verordnungen ein, um die Umstellung auf sauberere Schiffstreibstoffe zu fördern. Das Schiffahrtsgewerbe in den Anrainerstaaten des südlichen Ostseeraums musste sich daher rasch anpassen. Die acht europäischen Partner des Projekts MarTech LNG erkannten die Chance: Mit der Unterstützung der EU begannen sie, die LNG-Branche als Katalysator für regionales Wachstum und Entwicklung zu nutzen und den südlichen Ostseeraum zu einer

Modellregion für saubere Schifffahrt umzuwandeln.

*Panorama: Wie begann das Projekt?*

Andrius Sutnikas: Litauen und Polen beschlossen erhebliche Investitionen in die Energiesicherheit und -unabhängigkeit. Die Universitäten und Unternehmen unseres Netzwerks wollten selbstverständlich erfahren, wie sie von den Fördermitteln und von einer möglichen neuen Energiequelle profitieren könnten. Wir riefen daher das Projekt ins Leben, um im südlichen Ostseeraum eine grenzüberschreitende Wertschöpfungskette zu schaffen.

*Welchen Herausforderungen und Chancen widmete sich das Projekt?*

Den Unternehmen und Universitäten vor Ort fehlt es an den erforderlichen LNG-relevanten Fähigkeiten, um neue Geschäftsmodelle und technische Lösungen zu etablieren. Wir prüften die bestehenden Möglichkeiten. Angesichts der neu in Kraft tretenden Umweltvorschriften stellte sich die Schifffahrt dabei als einer der potenziellen Hauptmärkte heraus. Es gelang uns, umweltbezogene Herausforderungen in Geschäftsmöglichkeiten umzuwandeln und weitere Investitionen von Reedereien zu gewinnen. So konnte zudem die Entstehung von Arbeitsplätzen gefördert und die technologische Entwicklung der maritimen Industrie in der Region angekurbelt werden. Inzwischen sind polnische und litauische Werften führend im Bereich LNG-betriebener Schiffe. Der südliche

Ostseeraum entwickelt sich zu einem Modell für saubere Schifffahrt, das auch auf andere Regionen übertragbar sein könnte.

*Wie haben Sie das erforderliche technologische Fachwissen erworben und weitergegeben?*

Das Projekt wurde vom KSTP geleitet und von acht Partnerländern aus fünf Ländern unterstützt. MarTech LNG schulte 200 Fachkräfte, um die wissenschaftlichen Profile mit Relevanz für die LNG-Forschung in der Region zu erstellen und auf dem golng.eu-Portal für geschäftliche Zusammenarbeit eine kompetenzbildende Plattform einzurichten: ein frei zugängliches Kompendium von LNG-Forschungsstudien in Bereichen wie Verflüssigung, Maschinenteknik, Onshore- und kleine LNG-Anlagen, Sicherheit und Umwelt, kommerzielle Entwicklungen und Marktdynamik. Wir führten außerdem 14 Technologieseminare durch, um regionalen Interessenvertretern Zugang zu Spitzentechnologien zu ermöglichen.

In 20 B2B-Treffen konnte MarTech LNG zehn Geschäftsprojekte auf den Weg bringen. Zudem führten wir Konsultationen zur Machbarkeit von Großausschreibungen im Bereich LNG-Technologie durch: LNG-Bunkerung für ein Kurzstreckenschiff in Dänemark; Kapazität der LNG-Terminals in Klapeida; und eine neue Fährverbindung zwischen Świnoujście und Klapeida, den beiden wichtigsten LNG-Handelsplätzen der Region.

### *Welche Rolle spielten die EU-Fördermittel dabei?*

Die EU-Fördermittel brachten technologische Entwicklungen und Geschäftspartnerschaften voran, durch die dem Projekt rund 46 Millionen EUR zuströmten. Ohne die europäischen Investitionen wäre dies nicht möglich gewesen.

### *Wie schwierig war es, grenzüberschreitende Versorgungsketten zu schaffen?*

Wir standen sektor- und kulturübergreifenden Fragen gegenüber. Die größte Herausforderung bestand daher darin, nachhaltige Wertschöpfungsketten zu schaffen und technologische Lösungen für neue LNG-Geschäftsmodelle zu bieten. Wir waren jedoch bestrebt, verschiedenen Sektoren innerhalb der Geschäftspartnerschaft einen Wettbewerbsvorteil zu bieten. Dies trug zu einem besseren Verständnis davon bei, dass wir Herausforderungen auf globaler Ebene begegnen und für wirkliche Wettbewerbsfähigkeit eine internationale Perspektive einnehmen sollten, die die Produktionskapazitäten des Ostens mit der Technologie des Nordens verbindet.

### *Wie hat die Region vom Projekt profitiert?*

Der Schwerpunkt lag auf den Energie- und Meerestechnik-Branchen der Region. Wir konnten allerdings auch eine kritische Masse für die LNG-Infrastrukturentwicklung von Häfen und Städten sowie Forschungsdaten zur Unterstützung der Entscheidungsfindung in öffentlichen und privaten Einrichtungen zur Verfügung stellen. Die Schiffbauindustrien im südlichen Ostseeraum ziehen zweifellos Nutzen daraus und entwickeln sich zu Weltmarktführern. Wir haben Partnerschaften aufgebaut, die ein LNG-basiertes Geschäftsmodell in der Region stärken werden. Wenn alle aus dem Projekt entstandenen Geschäftsmöglichkeiten umge-

setzt werden, könnten wir dadurch mindestens 400 bis 500 Arbeitsplätze schaffen. Wir rechnen mit einem sprunghaften Anstieg in der Zukunft.

### *Wie konnten Sie das Engagement namhafter multinationaler Unternehmen gewinnen?*

Im Rahmen des Projekts besuchten wir eine der bedeutendsten internationalen LNG-Veranstaltungen, um die regionale LNG-Wertschöpfungskette zu fördern. Dabei zogen wir die Aufmerksamkeit von Unternehmen wie GE, Shell, Emerson und Wärtsilä auf uns, die sich dafür interessierten, Kapazitäten für technologische Entwicklungen und Innovation in der Region bereitzustellen. Das Projekt Netzwerk unterhält weiterhin enge Beziehungen zu diesen Partnern.

### *Welche weiteren Innovationsmöglichkeiten im Unternehmensbereich eröffnete das Projekt?*

Ein Hafen oder eine Stadt allein kann in dieser aufstrebenden Branche keinesfalls wettbewerbsfähig sein. Wir brauchen eine Wertschöpfungskette, um weltweit nachgefragte Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln. MarTech LNG umfasst sowohl technologische als auch organisatorische Innovationen. Das Projekt läutete einen Paradigmenwechsel in der Bunkeröl-Praxis ein, der sowohl ökologische als auch wirtschaftliche Auswirkungen mit sich bringt. Erdgas ist der sauberste fossile Brennstoff auf dem Markt. Trotz der vergleichsweise höheren Anfangsinvestitionen gegenüber anderer vorhandener Technologien, wie etwa der Abgasreinigung, deuten Preisprognosen für Gasöl für den Seeverkehr zudem darauf hin, dass LNG-Schiffe die geringsten Betriebskosten haben.

Das grenzüberschreitende Kompetenznetzwerk umfasst inzwischen 200 Experten mit Spitzenkompetenz in den

Bereichen LNG-Technik, Sicherheit und Unternehmensanalyse.

### *Welche Erkenntnisse haben sich für die Zukunft ergeben?*

Das Projekt MarTech LNG hat grenzübergreifende Versorgungsketten geschaffen, die das regionale Wirtschaftspotenzial der aufstrebenden LNG-Branche maximieren. Dabei kommen Geschäftsinvestitionen in Höhe von 46 Millionen EUR zum Tragen. Die wirtschaftlichen Auswirkungen werden sich künftig voraussichtlich noch verstärken. MarTech LNG gilt weithin als der entscheidende Impuls, der den Anstoß zu einer Reihe von Investitionen im Schiffsbau- und Bunkersektor gab.

Vorangegangene Diskussionen über LNG im südlichen Ostseeraum waren fragmentiert und behandelten vorwiegend die Energieunabhängigkeit, insbesondere in Polen und Litauen. Heute gewinnt ein intelligenter grenzüberschreitender Cluster aus miteinander in Wechselbeziehung stehenden Häfen, Schiffsbauern, Schiffseignern, Technologie- und Bunkeranbietern zunehmend an Dynamik. Das Projekt war Auslöser für eine Reihe von Maßnahmen im Rahmen der Technologie- und Geschäftsinnovation zur intelligenten Spezialisierung in der maritimen Industrie des südlichen Ostseeraums. Zugleich entstehen dadurch technologische Synergien zwischen LNG-bezogenen und nicht LNG-bezogenen Hafentätigkeiten, wie beispielsweise der Ammoniakkühlung. MarTech LNG ist beispielhaft dafür, wie „weiche“ Maßnahmen und grenzüberschreitende Zusammenarbeit beim Wirtschaftswachstum und der Schaffung von Arbeitsplätzen Pionierarbeit leisten können. ■

### **MEHR ZU DIESEM THEMA:**

Klaipeda Science and Technology Park:  
[www.kmtp.lt](http://www.kmtp.lt)  
 LNG-Wertschöpfungskette:  
[www.golng.eu](http://www.golng.eu)

# NATÜRLICHE RESSOURCEN VERSORGEN DAS GREEN DATA CENTER IN EPIRUS MIT ENERGIE

**GESAMTINVESTITION:  
8 347 900 EUR**

**BEITRAG DER EU:  
8 347 900 EUR**

**Das Projekt GreenDC, das an den Ufern des Flusses Louros entwickelt wird, hat erhebliche Auswirkungen auf das Bewusstsein für IKT und die Entwicklung in der griechischen Region Epirus.**

In den letzten Jahren haben rasante Fortschritte im Internet und in der Informations- und Kommunikationstechnologie die Nachfrage nach riesigen Rechenzentren immer weiter steigen lassen. In den Zentren sind enorme Rechenressourcen untergebracht, die unsere digitale Wirtschaft weltweit versorgen. Diese Zweckbauten verbrauchen große Energiemengen, die wiederum zu den Treibhausgasen und ihren schädlichen Wirkungen auf unser Klima und unsere Umwelt beitragen.

Der Betrieb moderner Rechner führt zu einer starken Wärmeentwicklung, so dass ein erheblicher Teil der Energie für Klimaanlage und Kühlsysteme in den Rechenzentren eingesetzt werden muss. Das Projekt „Green Data Center (GreenDC)“, das durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) im Rahmen des operationellen Programms „Digitale Konvergenz 2007-2013“ finanziert wurde, hat es sich zum Ziel gesetzt, die für Rechendienstleistungen verwendete Energie zu reduzieren, indem wiederverwendbare Alternativen und nachhaltige Energiequellen eingesetzt werden.

Dank der ökologischen Gestaltung des Projekts wird der Gesamtenergieverbrauch im Vergleich zum Energieverbrauch in traditionellen Rechenzentren um mehr als 50 % gesenkt. Dies hat positive Auswirkungen auf die Umwelt.

## Ausgangsmaterial

GRNET, das griechische Forschungs- und Technologienetzwerk nutzt umweltfreundliche Lösungen zur Entwicklung eigener Rechenzentren. So will man der steigenden Nachfrage nach Rechenressourcen mit geringeren Betriebskosten gerecht werden. Innerhalb dieses Aufgabenbereichs hat GRNET das GreenDC-Projekt entwickelt, das für die konventionellen Kühlaggregate in der Klimaanlage des Zentrums auf kaltes Wasser aus der Natur setzt.

Anders als die meisten anderen IT-Projekte in Griechenland befindet sich GreenDC abseits der beliebten städtischen Räume an den Ufern des Flusses Louros neben einem Wasserkraftwerk, das von der Public Power Company Renewables betrieben wird. Das kalte Wasser wird aus dem Fluss in die Klimaanlage des Rechenzentrums gepumpt, wo es von Wärmetauschern zur Kühlung des internen Wasserkreislaufs genutzt wird. So kann auf stromintensive Kühlaggregate verzichtet werden.

Das Rechenzentrum ist in sechs vorgefertigten Containern voll ausgestattet, in denen sich die IT-Ausstattung, die Stromversorgung und USV-System, eine Mittelspannungsschaltanlage, das Kühlsystem, ein Notstromgenerator und das Personalbüro befinden. Der Betrieb kommt ganz ohne Mitarbeiter vor Ort aus, denn alle Überwachungs- und Verwaltungsvorgänge werden dank einer umfassenden Automatisierung, Sensorsystemen und Videoübertragung ortsfern von GRNET ausgeführt.

Mit seinen 200 hochmodernen Rechnern bietet das Rechenzentrum den GRNET-Nutzern fortschrittliche Dienstleistungen wie zum Beispiel Cloud-Computing. Es macht außerdem beträchtliche Fortschritte bei der Verbesserung des Bewusstseins für IKT und die Entwicklung maßgeblichen technologischen Know-hows, indem es Interaktionen mit der lokalen Gemeinschaft und wissenschaftlichen Einrichtungen in der gesamten Region Epirus fördert. ■

**MEHR DAZU**

<http://www.grnet.gr>

## PROJEKTE

# DUTCH GARDEN FÖRDMERT SPIELTALENTE

**GESAMTINVESTITION:  
4 000 000 EUR**

**BEITRAG DER EU:  
1 600 000 EUR**

**Die niederländische Videospiele-Industrie hat durch die Schaffung eines Gründerzentrums neuen Aufschwung bekommen. Dutch Game Garden bietet einen innovativen Raum zum Netzwerken und Dienstleistungen für etablierte Branchenführer und zur Förderung neuer Talente.**

Die Niederlande haben mit der Gründung von Dutch Game Garden (DGG) erhebliche Investitionen in den Videospiele-Sektor getätigt. Das innovative Gründerzentrum soll in der Branche Talente fördern. Seit seinen Anfängen im Jahr 2008 hat sich DGG zu einer lebhaften Gemeinschaft entwickelt, die ganz unterschiedliche innovative Unternehmen und Fachkompetenzen anzieht.

Dieses der Videospiele-Industrie gewidmete Gründerzentrum, das auch als Veranstaltungs-Hub dient, hat sich sowohl in den Niederlanden als auch international als ein einzigartiges, ertragreiches Konzept herausgestellt, sagt Eline Muijres, Kommunikationsmanagerin bei DGG. Vor 2008 fehlte es der Branche an Sichtbarkeit und sie war nicht in der Lage, neue Start-up-Projekte zu koordinieren und zu unterstützen, schildert sie weiter. DGG hat den Niederlanden die Schaffung eines Netzwerks aus Branchenfachleuten ermöglicht und zieht neue Talente an.

Zwischen 2008 und 2014 beherbergten die DGG-Zentrale in Utrecht und andere Hubs in Hilversum und Breda etwa 75 Unternehmen. Damit wurden mehr als 200 Arbeitsplätze geschaffen und Einnahmen in Höhe von 6 Millionen EUR generiert. DGG hat bisher außerdem mehr als 500 Unternehmen mit Beratungs- und Vermittlungsleistungen unterstützt.

DGG richtet eine Vielzahl unterschiedlicher Veranstaltungen aus. Das Markenzeichen des Gründerzentrums sind dabei Netzwerkmittagessen für potenzielle Kunden, Studierende, Lehrkräfte und Investoren. Die jährlich stattfindende Indigo-Veranstaltung bietet niederländischen Top-Spieleentwicklern eine hochkarätige Möglichkeit, ihre Arbeit zu präsentieren. Weitere Aktivitäten sind Intensivkurse für aufstrebende Talente, „Game Jams“ und Workshops. Bis heute haben mehr als 22 000 Menschen an DGG-Veranstaltungen teilgenommen.

„Dutch Game Garden ist mit rasanter Geschwindigkeit zu einem bekannten Phänomen innerhalb und außerhalb der Niederlande

geworden. Es bietet Raum für viele Spiele- und Technologieunternehmen, die durch ein Gründungsförderungsprogramm unterstützt werden, zahlreiche Netzwerkveranstaltungen und hat Hunderte von Veröffentlichungen herausgebracht. Im ganzen Land entstehen ständig neue Standorte. Dank dieser Kombination aus Aktivitäten, die sich gegenseitig verstärken, sind wir in den Niederlanden und im Ausland einzigartig“, sagt Jan-Pieter van Seventer, Geschäftsführer von DGG.

## Spiele, die es ernst meinen

Im DGG ist ein breites Spektrum an Spiele-Unternehmen mit internationaler Reichweite untergebracht, die entweder einen Unterhaltungsschwerpunkt oder Praxisbezug haben.

In der Tat ist DGG ein führender Unterstützer von „Serious Games“, einer Kategorie, die Spieltechniken anwendet, um den Nutzern Bildung oder Informationen über bestimmte Themen zu vermitteln, z. B. Altenpflege und Patientensicherheit. Während eines Besuchs bei DGG im Jahr 2015 zeigte sich die europäische Kommissarin für Regionalpolitik Corina Crețu besonders von den Aktivitäten in diesem Bereich beeindruckt.

DGG bietet außerdem nun zusätzlich Mentoring für Unternehmen auf den Gebieten Anwendungsmanagement, Online-Kampagnen und interaktives Design an und unterstützt die Entwicklung von Spielen. DGG nutzt Projektfinanzierung, um eine umfassendere Unterstützung zu leisten und eine breitere Palette an Gründungsdienstleistungen für mehr Unternehmen zu erbringen und um in moderne Räume umziehen zu können. Das Gründerzentrum sorgt außerdem durch die Mitwirkung an mehr als 1 250 Artikeln für die digitalen und audiovisuellen Medien und Printmedien für neuen Schwung, um die Teilnahme des niederländischen Sektors bei internationalen Messen zu fördern und die Sichtbarkeit der Branche zu stärken.

Die Gesamtinvestition für das Projekt „Dutch Game Garden“ beläuft sich auf 4 000 000 EUR, von denen 1 600 000 EUR aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) im Rahmen des operationellen Programms „Westliche Niederlande“ für Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung für den Programmplanungszeitraum 2007-2013 finanziert werden. ■

## MEHR DAZU

[www.dutchgamegarden.nl](http://www.dutchgamegarden.nl)

# Eine gemeinsame Vision für die Kohäsionspolitik nach 2020



Die Konferenz der peripheren Küstenregionen Europas (KPKR) und die GD REGIO der Europäischen Kommission richteten im Oktober in Brüssel eine große Konferenz aus, auf der die Schlüsselrolle der Kohäsionspolitik für die Zukunft der Europäischen Union erörtert wurde. Das Ziel der Veranstaltung „Die Rolle der Kohäsionspolitik bei der Umsetzung der Prioritäten der EU“ bestand darin, die Rolle der Kohäsionspolitik bei der Umsetzung der EU-Prioritäten zu legitimieren und zu zeigen, dass es sich um mehr als nur einen Finanzierungstopf handelt.

Enrico Rossi, der Präsident der Region Toskana und Vizepräsident der KPKR, spricht mit *Panorama* über die wichtige Bedeutung der Veranstaltung und die Vision der KPKR für die Kohäsionspolitik nach 2020.

*Wie lautet Ihr persönliches Feedback zur diesjährigen Europäischen Woche der Regionen und Städte?*

Die diesjährige Veranstaltung gab europäischen Regionen die Möglichkeit, ihre Fähigkeit zur Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen zu präsentieren, die Kohäsionspolitik der Europäischen Union umzusetzen und die Bedeutung der lokalen und regionalen Ebene für eine gute europäische Governance unter Beweis zu stellen.

Für die KPKR und die von ihr vertretenen 160 peripheren Küstenregionen in ganz Europa bedeutete die Europäische Woche der Regionen und Städte die Chance, diese wichtige Veranstaltung auszurichten und einen regionalen Ausblick auf die Zukunft der Kohäsionspolitik zu geben. Anhand von konkreten Beispielen, die von unseren Mitgliedsregionen vorgestellt wurden, zeigte die Konferenz, welche Rolle der Kohäsionspolitik bei der Umsetzung der EU-Prioritäten, der Verbesserung der Investitionsbedingungen und der Erreichung eines territorialen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts zukommt.

Wir konnten zeigen, dass die europäischen Struktur- und Investitionsfonds zu



den europäischen Prioritäten wie Migration, Klimawandel und Wachstum von KMU beitragen. Wir zeigten außerdem auf, wie die Kohäsionspolitik bei der Schaffung der richtigen Bedingungen für nachhaltige, langfristige Investitionen hilft.

*Wie läuft der Finanzierungszeitraum 2014-2020 aus der Sicht der KPKR?*

Investitionen sind eine Priorität der EU, vielleicht sogar die wichtigste. Sie stellen für die Kommission unter Juncker für den Zeitraum 2014-2020 eine klare Priorität dar und die KPKR unterstützt diese Vision voll und ganz. Aus diesem Grund möchten wir sicherstellen, dass die Kohäsionspolitik als die wichtigste Investitionspolitik der EU anerkannt wird.

Darum fordert die KPKR Präsident Juncker und die Europäische Kommission auf, das wahre Potenzial und die Stärke der Regionen Europas anzuerkennen. Wir richten unseren Blick auf die Zukunft und die EU-Strategie nach 2020, wenn die nächsten politischen Maßnahmen und Finanzierungsprogramme beginnen.

Wir begrüßen die Bemühungen um eine Vereinfachung der Umsetzung gemeinsam



^ Eleni Marianou, Generalsekretärin der KPKR



^ Normunds Popen, stellvertretender Generaldirektor für Programmierung und Implementierung, GD Regionalpolitik und Stadtentwicklung, Europäische Kommission

verwalteter Programme, die zusätzlichen Mittel für die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen, den Ausbau der KMU-Initiative und die Schaffung einer Investitionspriorität bezüglich der Integration von Migrantinnen. Dies sind allesamt äußerst positive Vorschläge der Europäischen Kommission, die im Rahmen der Halbzeitbewertung des EU-Haushalts angekündigt wurden.

#### *Wie sieht die Vision der KPKR für den Zeitraum nach 2020 aus?*

Das EU-Projekt befindet sich an einem kritischen Scheideweg. Wir haben jetzt die Gelegenheit, die Kohäsionspolitik zu modernisieren, damit sie im Mittelpunkt einer reformierten EU steht. Wir haben eine klare Vision der Zukunft dieser Politik: Bei der Kohäsionspolitik handelt es sich mehr als um eine reine Finanzierungsmaßnahme; diese Politik ist in dem EU-Vertrag verankert, der die EU-Prioritäten in allen europäischen Gebieten umsetzt.

Als Regionen haben wir die Pflicht, zu zeigen, dass diese Politik viele weitere Vorteile bringt. Wir waren erfreut, dass Kommissarin Crețu diese Vision während der Konferenz über den „Ergebnisorientierten EU-Haushalt“ mit uns geteilt hat.

#### *Wie wird die KPKR zur Vorbereitung auf den Zeitraum nach 2020 beitragen?*

Wir haben einige Ideen, was sich für eine Modernisierung der Kohäsionspolitik ändern muss. Die peripheren Küstenregionen, die wir vertreten, haben ein Positionspapier verabschiedet. Darin unterstreichen sie, dass die Kohäsionspolitik für das wirtschaftliche Wachstum in allen Regionen Europas von entscheidender Bedeutung ist und gestärkt werden muss, um den sich ändernden Prioritäten der EU gerecht zu werden. Die Politik muss modernisiert und so gestaltet werden, dass sie im Mittelpunkt einer reformierten Europäischen Union steht.

Die Kohäsionspolitik ist nicht einfach ein Finanzierungstopf. Sie überbrückt regionale Unterschiede und schafft Wachstum und Arbeitsplätze – daher ist sie wichtiger denn je. Wir fordern die Europäische Kommission dringend auf, eine langfristige europäische Investitionsstrategie zu entwickeln, die die gemeinsamen Stärken der Kohäsionspolitik und des Europäischen Fonds für strategische Investitionen vereint.

Wir rufen die Kommission außerdem auf, große Veränderungen zur Vereinfachung der Politik für Begünstigte und Verwaltungsbehörden in Gang zu setzen, und ersuchen sie um ein gemeinsames Regelwerk für alle fünf europäischen Struktur- und Investitionsfonds. ■

#### **MEHR DAZU**

<http://www.crpm.org/>

### LEITLINIEN ZU BEWÄHRTEN IKT-VERFAHREN



Eine neu veröffentlichte Broschüre soll Verwaltungsbehörden und öffentlichen Verwaltungen dabei helfen, ihre Investitionen in IKT effektiv zu gestalten und umzusetzen. Der Leitfadens enthält eine Sammlung erfolgreicher Projekte aus der gesamten EU in Bereichen wie elektronische Behördendienste, elektronische Gesundheitsdienste und IKT-gestütztes Lernen sowie Breitbandinfrastruktur und Netzwerkanwendungen. Das Ziel des Leitfadens ist es, Verwaltungsbehörden und öffentlichen Verwaltungen dazu zu ermutigen, den Zugang zu, die Verwendung und die Qualität von IKT zu verbessern. Dies ist in den zwei Ex-ante-Konditionalitäten für das thematische Ziel 2 festgelegt.

#### MEHR DAZU

<http://europa.eu/!Yb39tW>

### NEUE ANTIEVEREINBARUNGEN IM RAHMEN DER KMU-INITIATIVE IN BULGARIEN

Der Europäische Investitionsfonds (EIF) und Finanzintermediäre in Bulgarien haben im Rahmen des Programms „KMU-Initiative“ neue Vereinbarungen unterzeichnet. Sechs Monate nach dem Start des Programms sind nun fünf Vereinbarungen mit der United Bulgarian Bank, Raiffeisenbank Bulgaria, UniCredit Bulbank, ProCredit Bank und CIBANK unterzeichnet. Durch die Vereinbarungen sollen Mittel in Höhe von 385 Millionen EUR für KMU in dem Land erschlossen werden. „Bulgarien gehört zur Spitzengruppe der Mitgliedstaaten, die von diesem innovativen kohäsionspolitischen Programm profitieren. Diese Vereinbarungen zeigen konkret, dass die KMU-Initiative Ergebnisse liefert“, sagte Corina Crețu, Kommissarin für Regionalpolitik.

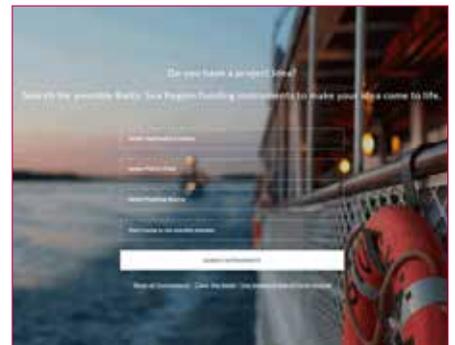
Die KMU-Initiative ist ein Finanzierungsinstrument, das gemeinsam von der Kommission und der Europäischen Investitionsbank (EIB-Gruppe) entwickelt wurde. Sie ist Teil einer umfassenderen Initiative, die die Mitgliedstaaten ermutigen soll, den Betrag der Mittel der Kohäsionspolitik, den sie durch Finanzierungsinstrumente investieren, im Einklang mit den Zielen der Investitions-offensive für Europa zu verdoppeln. „Ich hoffe, dass diese neuen Vereinbarungen andere Mitgliedstaaten davon überzeugen werden, sich der Initiative anzuschließen“ fügte Kommissarin Crețu hinzu.

#### MEHR DAZU

[http://www.eif.org/what\\_we\\_do/guarantees/sme\\_initiative/smei\\_bulgaria/index.htm](http://www.eif.org/what_we_do/guarantees/sme_initiative/smei_bulgaria/index.htm)

### FINANZIERUNGSPORTAL FÜR DEN OSTSEERAUM VERÖFFENTLICHT

Ein neues Tool für die Suche nach einer Finanzierung für Projekte im Ostseeraum haben INTERACT und das Swedish Institute entwickelt. Das Finanzierungsportal für den Ostseeraum ist ein Verzeichnis von mehr als 300 Finanzierungsinstrumenten, die eine Zusammenarbeit im Ostseeraum ermöglichen.



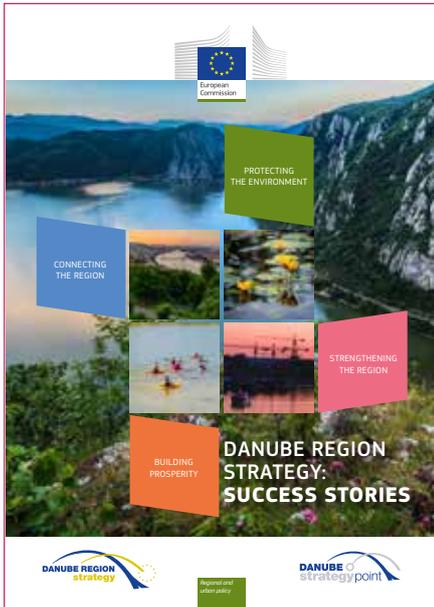
Das Finanzierungsverzeichnis für den Ostseeraum enthält mehr als 300 Finanzierungsinstrumente. Berücksichtigt werden öffentliche und private Finanzierungsquellen aus allen Ländern des Ostseeraums (Deutschland, Polen, Dänemark, Schweden, Finnland, Estland, Litauen und Lettland) sowie Nicht-EU-Ländern wie Norwegen und Russland. Außerdem sind EU-weite Finanzierungsprogramme enthalten.

Der Mehrwert dieses Portals besteht darin, dass es erstmalig viele Finanzierungsinstrumente auf Englisch vorstellt. Ausführlichere Informationen sind in der Originalsprache und auf den Originalwebsites der Instrumente erhältlich.

#### MEHR DAZU

<http://funding.balticsea-region.eu/>

## DONAURAUM KONZENTRIERT SICH AUF INNOVATIONEN



Das 5. Jährliche Forum zur EU-Strategie für den Donauraum (EUSDR) fand vom 3. bis 5. November 2016 in Bratislava unter dem Titel „Innovative Ströme: Wasser, Wissen und Innovation im Donauraum“ statt. Während der Eröffnungssitzung, zwei Plenarsitzungen und sechs Workshops erörterten mehr als 800 Interessenträger aus der gesamten Region künftige Herausforderungen und Chancen. Man sprach unter anderem über die Nutzung der Möglichkeit, verschiedene Mittel (einschließlich privater Mittel) zu kombinieren, um Projekte zu finanzieren, die entscheidende Rolle von F&E, insbesondere der intelligenten Spezialisierung, die Ausrichtung auf Jungforscher (zum Beispiel durch Steueranreize, um der Abwanderung von Fachkräften entgegenzuwirken) und die Bemühungen um die Entwicklung einer gemeinsamen Strategie für die Anpassung an den Klimawandel für das gesamte Flusseinzugsgebiet.

Anlässlich des fünfjährigen Bestehens der Strategie wurde eine neue Broschüre erstellt, um die beträchtlichen Erfolge der Strategie bekannt zu machen, die nach und nach deutlich werden.

### MEHR DAZU

<http://europa.eu/!JM99Nm>

## DIE VIER MAKROREGIONALEN STRATEGIEN IM FOKUS

Das INTERACT-Programm hat die allererste Veröffentlichung über alle vier makroregionalen Strategien der EU herausgegeben. „Makroregionale Strategien im Wandel der Zeit – EUSBSR, EUSDR, EUSALP und EUSAIR gemeinsam in Richtung Zukunft“ gibt einen Überblick über die Fragen, die die vier Strategien betreffen, und will Interessenträger mit den Strategien in anderen Makroregionen vertraut machen. Ziel ist es, die Zusammenarbeit und Peer-to-Peer-Aktivitäten zwischen den Strategien künftig zu erleichtern.

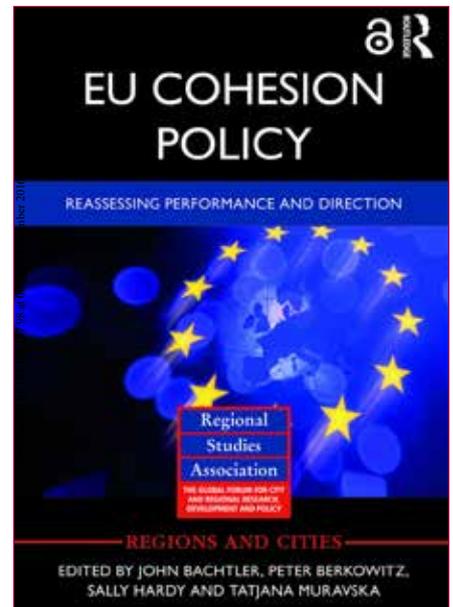


Die Veröffentlichung enthält Standpunkte von Sachverständigen und ein interessantes Quiz, mit dem die Leser ihr Wissen über makroregionale Strategien testen können.

### MEHR DAZU

<http://europa.eu/!WD86hd>

## EU-KOHÄSIONSPOLITIK, NEUBEWERTUNG DER LEISTUNG UND AUSRICHTUNG



Dieses Buch bringt Akademiker, Mitglieder der europäischen Institutionen sowie Entscheidungsträger auf regionaler und nationaler Ebene zusammen, um die Leistung und die Ausrichtung der EU-Kohäsionspolitik vor dem Hintergrund der Reformen der Politik, die die wichtigsten seit einer Generation sind, zu bewerten. Als Antwort auf die in der Vergangenheit vorgebrachte Kritik der Effektivität der Politik haben die 2013 eingeführten politischen Änderungen die europäischen Struktur- und Investitionsfonds mit der Strategie Europa 2020 in Einklang gebracht und Maßnahmen zur Verbesserung der strategischen Kohärenz, Leistung und integrierter Entwicklung eingeführt. Das Buch wurde als Open-Access-Version veröffentlicht und kann daher kostenfrei heruntergeladen werden.

### MEHR DAZU

<http://www.tandfebooks.com/action/showBook?doi=10.4324/9781315401867>

## NACHRICHTEN [IN KÜRZE]

### DIE EU INVESTIERT IN DIE POLNISCHE VERKEHRSINFRASTRUKTUR

Die Europäische Kommission hat drei „Großprojekte“ für insgesamt 350 Millionen EUR genehmigt, die aus dem EFRE und dem Kohäsionsfonds bereitgestellt werden. Ziel ist die Verbesserung der regionalen und internationalen Anbindung und die Optimierung des Verkehrs in der näheren Umgebung bzw. des Verkehrs entlang des Baltisch-Adriatischen Korridors des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V).

Das erste Projekt, das 93,5 Millionen EUR aus dem Kohäsionsfonds erhält, betrifft den Bau einer Umgehungsstraße nahe der Stadt Radom in der Woiwodschaft Masowien auf der Schnellstraße S7. So sollen Verkehrsstaus rund um die Stadt verringert und eine schnelle Anbindung an internationale Straßennetze gewährleistet

werden. Das zweite Projekt, für das 154 Millionen EUR aus dem Kohäsionsfonds zugeteilt wurden, dient zur Finanzierung von Sanierungsarbeiten entlang der Schnellstraße S8 in den Woiwodschaften Masowien und Podlachien, um den Zugang zu den interregionalen Verbindungen im TEN-V-Sträßennetz zu erleichtern. Das letzte Projekt schließlich, das einen Wert von 103,5 Millionen EUR hat und durch den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung finanziert wird, betrifft die Gestaltung und den Bau von zwei Umgehungsstraßen in der Woiwodschaft Kujawien-Pommern in der Nähe der Städte Inowrocław und Brodnica. Diese Umgehungsstraßen werden Verkehrsstaus in den Stadtzentren verringern. ■

#### MEHR DAZU

ESIF: <http://europa.eu/!vP47kw>

#### KORRIGENDUM

In der *Panorama 58* ist uns auf Seite 41 in dem Artikel von Marjorie Jouen mit dem Titel „Sicherstellung des zukünftigen politischen Zusammenhalts nach 2020“ im letzten Absatz ein Fehler unterlaufen. Der Text hätte lauten müssen: *„Es ist erforderlich, die territoriale Zusammenarbeit als Methode der Durchführung regionaler Investitionsprogramme zwischen städtischen und ländlichen Bezirken, Küsten- und Bergregionen und lokalen Behörden zu fördern und ein bestimmtes Ziel zu bilden“, statt „Es ist erforderlich, den territorialen Wettbewerb als Methode der...“.*

Wir bedauern diesen Fehler zutiefst und entschuldigen uns für eventuell aufgetretene Missverständnisse.



# AGENDA

**30.-31. MÄRZ 2017**

Brüssel (BE)

**Forum der Gebiete in äußerster Randlage**

---

**26.-27. JUNI 2017**

Brüssel (BE)

**Kohäsionsforum**

---

**JUNI 2017**

Veranstaltungsort noch zu bestätigen

**RIS3-Konferenz**

---

**9.-12. OKTOBER 2017**

Brüssel (BE)

**Europäische Woche der Regionen und Städte**

---

**10. OKTOBER 2017**

Brüssel (BE)

**Preisverleihung RegioStars 2017**

---

## RECHTLICHER HINWEIS

Die Europäische Kommission und die in ihrem Namen handelnden Personen übernehmen keine Verantwortung für die Verwendung der in diesem Bericht enthaltenen Angaben bzw. für eventuelle, trotz der sorgfältigen Vorbereitung und Prüfung der Texte noch vorhandene Fehler.

Das vorliegende Dokument spiegelt nicht den Standpunkt der Europäischen Kommission wider.

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2016

ISSN 1725-8294

© Europäische Union, 2016

Nachdruck und Wiedergabe sind gestattet, sofern dies mit der Quellenangabe erfolgt.

(\*) Die Rechte an den betroffenen Bildern werden ausschließlich für die Nutzung im Magazin *Panorama* (Ausgabe 59) und zu keinem anderen Zweck gewährt; im Kontext von *Panorama* 59 und seiner Sprachversionen darf das Bild reproduziert werden – die Reproduktion des Bildes für andere Zwecke ist untersagt.

Zwecks Nutzung bzw. Wiedergabe von urheberrechtlich geschützten Inhalten, die als solche gekennzeichnet sind, ist die Zustimmung der Urheberrechtsinhaber einzuholen.

*Printed in Belgium*

Dieses Magazin ist in gedruckter Form auf Recycling-Papier in englischer, französischer, deutscher, bulgarischer, griechischer, spanischer, italienischer, polnischer und rumänischer Sprache verfügbar. Online-Fassungen sind in 22 Sprachen abrufbar unter [http://ec.europa.eu/regional\\_policy/de/information/publications/panorama-magazine/](http://ec.europa.eu/regional_policy/de/information/publications/panorama-magazine/)

Diese Ausgabe wurde im Dezember 2016 abgeschlossen.

---

## FOTOS (SEITEN):

Titelbild: © iStock, xeni4ka

Seite 4: © Jan Olbrycht URBAN Intergroup

Seite 5: © Joan Clos UN-Habitat

Seite 7: © Europäische Kommission

Seite 10: © iStock, xeni4ka

Seite 11: © Thinkstock

Seite 14, 15: © Europäische Kommission

Seite 18, 19, 20, 21: © Europäische Kommission

Seite 22: © Regionale Entwicklungsagentur von Nordost-Rumänien /

Verbund der nordniederländischen Provinzen

Seite 23: @ EFRE-Verwaltungsbehörde, Toskana

Seite 26, 27: © Europäische Kommission

Seite 28: © Europäische Kommission

Seite 29: © IDA VIB architecture

Seite 30: © Ville de Saint-Dizier, © Nancyclotep

Seite 31, 32, 34, 35: © Europäische Kommission

Seite 39: © iStock, gradyreese

Seite 42: © iStock, MsLightBox, MarTech LNG

Seite 44: © GRNET

Seite 45: © dutchgamegarden

Seite 46: © KPKR

Seite 47: © Europäische Kommission

## BLEIBEN SIE IN VERBINDUNG



[ec.europa.eu/regional\\_policy](http://ec.europa.eu/regional_policy)  
[cohesiondata.ec.europa.eu](http://cohesiondata.ec.europa.eu)



@EU\_Regional  
#CohesionPolicy | #ESIFunds



EUinmyRegion



[flickr.com/euregional](http://flickr.com/euregional)



RegioNetwork



[yammer.com/RegioNetwork](http://yammer.com/RegioNetwork)



[ec.europa.eu/commission/2014-2019/cretu\\_en](http://ec.europa.eu/commission/2014-2019/cretu_en)  
@CorinaCretuEU

Weitere Informationen zu diesen Veranstaltungen finden Sie auf der Inforegio-Website in der Rubrik „Agenda der regionalpolitischen Veranstaltungen“: [http://ec.europa.eu/regional\\_policy/de/newsroom/events/](http://ec.europa.eu/regional_policy/de/newsroom/events/)



Amt für Veröffentlichungen

Europäische Kommission,  
Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung  
Kommunikation – Ana-Paula Laissy  
Avenue de Beaulieu 1 – B-1160 Brüssel  
E-mail: [regio-panorama@ec.europa.eu](mailto:regio-panorama@ec.europa.eu)